Bezugspreis für Mai durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise) wochentäglich.
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße. — Fernsprecher Nr. 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstr. 34a, Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Berl. Hedemannstraße 5. Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Erstes Blatt

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen, Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg., Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Sonntag, den 15. Mai 1927

76. Jahrgang. Nr. 485

Die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen.

(Von unserem Pariser Vertreter.)

kr **Paris**, 12. Mai.

Es ist heute keine Frage mehr, die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich haben nach Locarno und Thoiry nicht die erwartete Gestaltung gefunden. Der Versuch einer Annäherung, von beiden Außenministern zwar ernstlich unternommen, ist auf mancherlei Hemmungen gestoßen und seit Monaten aus einem schleppenden Tempo zum vollständigen Stillstand gekommen. Wenn heute durch Auslassungen offizieller und offiziöser Art die Hauptprobleme — die Räumung der Rheinlande, Dawesplan und Versailler Vertrag — wieder plötzlich zum Gegenstand einer lebhaften Diskussion geworden sind, so ist darin kaum ein Symptom der Besserung zu sehen, denn sie steht unter einem ausgesprochen kritischen Vorzeichen.

Sind diese Hemmungen nur vorübergehender Natur, oder bestimmen sie auf weitere Sicht die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen? So drängend diese Frage ist, so schwer ist sie zu beantworten. Denn nicht aus irgendwelchen diplomatischen Komplikationen sind in der letzten Zeiten Störungen erwachsen; die Ursachen liegen tiefer. Frankreich ist in ein neues Stadium politischer und sozialer Entwicklung eingetreten, deren Endpunkte zwar noch nicht abzusehen sind, deren Richtung aber bereits jetzt von einer Verständigung mit Deutschland weggeführt hat.

Das Frankreich von heute ist ein anderes als das Frankreich des Jahres 1926, das den Tiefstand seiner inneren und äußeren Geltung erreicht hatte. Die Schrecken der Inflation traten von Tag zu Tag in verstärktem Maße in Erscheinung, und niemand wagte zu vermuten, in welchen Tiefen der französische Frank einmal enden würde. Weite Kreise des Volkes waren völlig zermürbt und rechneten mit einem restlosen Niederbruch der Wirtschaft. Dabei war Frankreich außenpolitisch in weitgehendem Maße isoliert. England suchte mit allem Nachdruck den Komplikationen seiner eigenen Wirtschaft abzuhelfen durch eine Konsolidierung der europäischen Verhältnisse. Amerika zeigte ebenso deutlich seine Unzufriedenheit und war noch der drängende Schuldner, der seine neuen Wechsel unterschrieben haben wollte. Die parlamentarische und publizistische Vertretung des nationalen Blocks, der durch seine Nachkriegspolitik das Elend heraufbeschworen hatte, war zerfallen und führerlos. So fand das Linkskartell kaum Widerstand, als es die Befreiung Europas als erste Vorbedingung des Wiederaufstiegs Frankreichs hinstellte, und als Briand seine Politik der Verständigung mit Deutschland einleitete, ja, da fand er sogar eine gewisse Popularität für sein Programm.

Wie anders heute! Das Kartell der Linken wurde durch die Weigerung der Sozialdemokraten, an der Regierungsverantwortlichkeit teilzunehmen, zu einem unrühmlichen Ende gebracht, und ist jetzt noch in innere Auseinandersetzungen und Befehdungen verloren. Die Lösung der größten und drängendsten Tagesaufgabe, die der Stabilisierung, mußte es seinem Gegner Poincaré überlassen, der in dem „Kabinett der nationalen Einigung" einen Regierungszweig nach dem anderen wieder in seine Hand bringt und einen wachsenden Einfluß auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse ausübt. Mit Geschick bereitet er heute schon für den kommenden Wahlkampf die Parole vor, die da lauten wird: Gegen das „Sowjetkartell" und für die Erhaltung der Wirtschaft und des Besitzes! Bei der sozialen Struktur Frankreichs, die gekennzeichnet ist durch einen verhältnismäßig recht starken Prozentsatz selbständiger kleiner Betriebe in Gewerbe und Landwirtschaft, bedeutet dieser Appell etwas ganz anderes, als es etwa in Deutschland der Fall sein würde.

Frankreich weist heute vertiefte soziale Gegensätze auf, die allem Anschein nach die nächste politische Entwicklung stark beeinflussen werden. Die Arbeiterschaft ist durch die Arbeitslosigkeit, durch Lohnsenkungen und Entlassungen stark radikalisiert, die Unternehmer sind in die Zwangslage versetzt, durch Senkung der Preise wieder Anschluß an den Weltmarkt zu gewinnen. Es sind die typischen Zeichen der Sanierungskrise, die sich bemerkbar machen, und der Kampf um die Verteilung ihrer Lasten dürfte seinen Höhepunkt dürfte seinen Höhepunkt noch nicht erreicht haben.

Wie wird die französische Wirtschaft diese letzten Kriegsfolgen liquidieren, mit welcher Vermögenssubstanz und mit welcher sozialen Machtverteilung wird sie ihre Friedensarbeit wiederaufnehmen? Diese Fragen sind von solch unmittelbarer Bedeutung für jeden Einzelnen, daß sein politisches Interesse dadurch fast völlig in Anspruch genommen ist und in den breiten Volksschichten wenig Aufmerksamkeit für außenpolitische Fragen übrig bleibt..

Die einzige Seite, die eine gewisse außenpolitische Initiative zeigt, ist die Presse der Rechten, und ihre Behandlung der schwebenden Fragen ist völlig negativ. Sie fordert mit Poincaré die Unantastbarkeit der Verträge, die sie als Vorbedingung der „Sicherheit" Frankreichs bezeichnet und somit in Verbindung mit ihrem Programm der Wirtschaftssanierung zu bringen sucht. Zudem hat sie auch noch eine Vergangenheit zu verteidigen. Sie tut das, indem sie immer wieder die Fragen des Elsaß, der Ostgrenzen, der mangelhaften Abrüstung, der vaterländischen Verbände usw. aufrollt. Neben den politischen Gründen dürften auch hier die wirtschaftlichen stehen, denn während Caillaux durch eine weitgehende Besitzbesteuerung die Sanierung der Staatsfinanzen durchführen wollte, rechnet Poincaré stark mit den Eingängen aus den deutschen Reparationszahlungen, die vor allem zur Abtragung der Schulden an Amerika vorgesehen sind. Eine Revision des Dawesplanes und eine Erleichterung der deutschen Zahlungsverpflichtungen würde also auch nach dieser Richtung als sehr störend empfunden werden. Und dem soll offenbar durch den Nachweis der „Böswilligkeit" Deutschlands vorgebeugt werden. Die Töne, wie sie in dieser Beziehung etwa der „Temps" in den letzten Wochen anschlug, sind selbst in der französischen Rechtspresse seit langem nicht mehr gehört worden.

Während also zur Zeit der französischen Inflation elementare Interessen Frankreichs auf eine Verständigung mit Deutschland drängten, sind jetzt ohne Zweifel wieder an mehreren Punkten gewisse Interessengegensätze gegeben. Sie treffen zusammen mit einer ungünstigen innerpolitischen Konstellation und fallen in eine Zeit, in der England stark durch ostasiatische und eigene soziale Probleme absorbiert ist.

Wird die französische Regierung so weitsichtig sein, sich von ihrer außenpolitischen Linie durch die gegenwärtige Konstellation nicht abdrängen lassen? Welche Folgerungen wird die deutsche Regierung aus den veränderten Verhältnissen ziehen? Man wird sich der Erkenntnis nicht verschließen dürfen, daß sich die deutsche Außenpolitik einer ernsten Belastungsprobe gegenübersieht, und daß es großer Anstrengungen bedürfen wird, sie unter den veränderten Verhältnissen erfolgreich durchzuführen.

Die Zerstörung der Ostbefestigungen.

‡ tu **Paris**, 14. Mai. Der Berliner Berichterstatter des „Echo des Paris" will erfahren haben, daß die Reichsregierung die alliierten Regierungen etwa in drei Wochen davon in Kenntnis setzen werde, daß die Zerstörung der Ostbefestigungen vollendet sei. Als Beweisstücke würden Photographien vorgelegt werden. Allen Versuchen, die Anlagen durch militärische Sachverständige zu besichtigen, werde sich das Reich widersetzen, da solche Besichtigungen der Wiederaufnahme einer Kontrolle ähnlich sehen würden. Dagegen werde die deutsche Regierung vorschlagen, die verschiedenen Sachverständigen getrennt einzuladen, sich an Ort und Stelle von der Zerstörung der Befestigungen zu überzeugen.

In einem offensichtlich inspirierten Artikel, der die Auffassung des französischen Außenamts im großen und ganzen wiedergeben dürfte, nimmt heute der offiziöse „Petit Parisien" zur Frage der Ostbefestigungen und der Verminderung der Rheinlandtruppen Stellung. Das Blatt erklärt u. a., es sei erforderlich, daß die Feststellung der Tatsache der Zerstörung der betonierten Unterstände an der deutschen Ostgrenze von den militärischen Sachverständigen, die den alliierten Botschaftern in Berlin attachiert seien, durch Inaugenscheinnahme getroffen werden könnte. Weder Paris noch London noch Rom können sich mit einer von den deutschen Behörden selbst getroffenen Feststellung begnügen.

Was die Verminderung der Rheinlandtruppen anlange, so erwecke es nicht den Anschein, daß über diese Frage nützliche Verhandlungen mit dem Reich gepflogen werden könnten, da die Zahl und die Verteilung der Streitkräfte der Alliierten im besetzten Gebiet nur die Alliierten angehe. Das schließe indessen die Möglichkeit von Verhandlungen in näherer oder fernerer Zukunft nicht aus, vorausgesetzt, daß die alliierten Mächte solche Verhandlungen für gut erachten. Das Problem erfordere auf jeden Fall eine gründliche Stellungnahme.

Zur Frage der Zerstörung der Ostbefestigungen schreibt der „Matin", es sei zu hoffen, daß Berlin der französischen und der englischen Regierung bald eine Untersuchungsmethode vorschlagen werde, die in Erwägung gezogen werden könne. Bezüglich der Verminderung der Besatzungstruppen würde die französische Regierung immer ihre Aktionsfreiheit zu wahren wissen. Zu gegebener Zeit werde sie außerhalb jeder Demarche und jeden Druckes handeln.

Eine deutsche Anfrage in London?

tu **London**, 14. Mai. Die deutsche Regierung hat in London anfragen lassen, ob sie mit einer britischen Unterstützung der deutschen Forderung rechnen könne, daß Deutschland ein Sitz in der Mandatskommission des Völkerbundes zugesprochen wird. Eine Bestätigung dieser Meldung war an zuständiger deutscher Stelle vorerst nicht zu erhalten.

Die englischen Mandatsgebiete Nigeria und Tanganyika.

London, 12. Mai. Bei einem Essen, an dem u. a. die gegenwärtig zur britischen Kolonial-Konferenz in London weilenden Gouverneure von Nigeria und Tanganyika teilnahmen, sagte der vormalige Generalgouverneur von Südafrika, Earl Buxton, in einer Rede: Ich weiß, daß ich nicht streng im Geiste des Locarnovertrages spreche, aber es ist ganz undenkbar, daß wir jemals zulassen, daß Tanganyika und Deutsch-Südwestafrika zu ihrer Vorkriegsstellung zurückkehren. Nach meiner Erfahrung waren diese Teile Afrikas, die uns jetzt als Mandate zugewiesen sind, Brutstätten von Intriguen, Unruhen und Drohungen (!) gegen ihre Nachbarn. Ich hoffe, daß sie niemals wieder in diese Lage kommen werden. Über die deutsche Agitation zu Gunsten der Rückgabe der afrikanischen Kolonien sagte der Redner, es habe gewisse „hinterhältige" Methoden gegeben, durch größere Einwanderung der Deutschen und von deutschem Kapital Landbesitz zu erlangen. Er freue sich, daß der britische Kolonialsekretär Amery deutlich erklärt habe, daß die britische Regierung beabsichtige, alle Einschränkungen der Mandate bis zum äußersten Grade durchzuführen, daß aber die Gebiete unter der Ägide der britischen Krone verbleiben würden. (Beifall.)

In seiner Antwort sagte der Gouverneur von Tanganyika, Sir Donald Cameron, Tanganyika sei durch den Krieg so gut wie verwüstet worden, und Seuchen und Hungersnot seien dem Kriege gefolgt. Heute aber sei das Land in guter finanzieller Lage und erfreue sich allgemeiner Wohlfahrt. Die gesamte deutsche Bevölkerung Tanganyikas betrage ungefähr 500 Personen, die gesamte britische Bevölkerung 2800 Personen, wovon mindestens die Hälfte nicht aus Beamten bestehe.

Die Rechtlosigkeit der Deutschen in Polen.

tu **Kattowitz**, 13. Mai. Am Donnerstagnachmittag begab sich eine Delegation der deutschen Elternbeiräte aus Königshütte unter Führung des Senators Meyer nochmals zum Wojewoden, um bei ihm wegen der Entlassung der deutschen Lehrkräfte an den höheren Schulen vorstellig zu werden. Der Wojewode versicherte, daß er die Kündigungen der deutschen Lehrkräfte nicht zurücknehmen werde, da er Ersatz beschaffen könne. Auf die Einwendung des Delegationsführers, daß es kaum gelingen werde, geeignete deutsche Lehrkräfte in Polen aufzutreiben, erklärte der Wojewode, dann würden eben polnische Lehrkräfte eingestellt. Trotz Hinweises auf den Artikel 123, Abs. 1—3 des Genfer Abkommens, beharrte der Wojewode auf seinem Standpunkt. Die Delegation ist unverrichteter Sache zurückgekehrt. Von deutscher Seite wird trotzdem nichts unversucht gelassen, um der deutschen Minderheit zu ihrem Recht zu verhelfen.

Aus Challowitz, wo bei den Nachwahlen für die Gemeindevertretung trotz des stärksten Terrors die Deutschen einen Sieg mit Kindern anwesend war, wurde das Mobiliar in Stücke gemeldet. Am Donnerstagabend zog eine Bande von Aufständischen, um Rache für den Ausgang der Wahl zu nehmen, von einer deutschen Wohnung zur anderen und versuchte, mit Gewalt einzudringen. In einer Wohnung, wo nur eine wehrlose Frau mit Kindern anwesend war, wurde das Mobilar in Stücke geschlagen.

Der neue englisch-russische Konflikt.

Die Safes der Arcos geöffnet.

tu **London**, 14. Mai. (Tel.) In der letzten Nacht hat die Polizei auf Anweisung der maßgebenden Stellen die Safes der Arcos und der Handelsdelegation, da die Russen die Herausgabe des Schlüssels verweigerten, erbrochen. In maßgebenden Kreisen ist man der Auffassung, daß die Russen kein formales Recht für die Unantastbarkeit dieser Safes geltend machen können, da sie Eigentum der Arcos und nicht der Handelsdelegation gewesen seien. Die Arcos werde aber als eine gewöhnliche Gesellschaft, die im englischen Handelsregister eingetragen sei, angesehen. Die Polizei plant im Laufe des heutigen Vormittags die gewaltsame Öffnung weiterer Safes.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" erklärt im Zusammenhang mit der Durchsuchung der Sowjethandelsdelegation und der Arcos, daß manche Kreise dazu neigten, die Durchsuchung mit der kürzlichen Beschlagnahme bedeutender Sowjetdokumente in Peking in Zusammenhang zu bringen. Für diese Auffassung bestehe so gut wie keine tatsächliche Begründung. Es sei im Gegenteil anzunehmen, daß das Vorgehen in gewisser Hinsicht auf die sowjetrussische Handlungsweise in Großbritannien selbst zurückzuführen sei. Vielleicht hätten auch die von der Pariser Polizei bei ihrem kürzlichen Vorgehen gegen das kommunistische Hauptquartier gefundenen Dokumente den Innenminister und die Polizei beeinflußt. Weiter erklärt der diplomatische Korrespondent des Blattes, daß der formale Protest des russischen Geschäftsträgers im Foreign office vom Standpunkt des internationalen Rechts nicht allzu tragisch genommen zu werden brauche. Die Bezugnahme auf Artikel vier und fünf des russischen Handelsabkommens zeige, daß das Recht der Immunität, das der Handelsgeschäftsträger für die Handelsdelegation und für die Arcos in Anspruch nehme, nur persönlich für den Chef der Handelsdelegation, Kinnschuk, gelte und keineswegs eine volle diplomatische Immunität darstelle. Diese Immunität für Kinnschuk gelte keinesfalls für den gesamten Stab der russischen Handelsdelegation und für das übrige Personal.

Unterhausdebatte über die Haussuchung bei der Arcos.

w **London**, 13. Mai. (Tel.) Im Verlaufe der Unterhaussitzung fragte das Mitglied der Arbeiterpartei, Henderson, ob Joynson Hicks am Montag eine Mitteilung über die Vorgänge machen könne, denn er müsse anerkennen, daß es sich bei der Vornahme der Aktion um eine überaus ernste Angelegenheit handele, daß sie von großer öffentlicher Bedeutung sei und daß man nicht zu lange damit warten solle, dem Hause eine Darstellung des vollen Sachverhaltes zu geben. Der Staatssekretär des Innern, Joynson Hicks, erwiderte, daß die Polizei ihre Durchsuchungen in den Gebäuden der Arcos fortsetze. Wenn Henderson seine Frage am Montag wiederholen würde, so sei dies der frühestmögliche Zeitpunkt, an dem er eine genaue Mitteilung machen könne. Kennworthy fragte, ob auch gegen das Büro von Kinnchuk, den Führer der Handelsdelegation, etwas unternommen worden sei, ob Hicks wisse, daß Kinnchuk einen schriftlichen diplomatischen Ausweis über seine Immunität vom Foreign office habe und ob die Durchsuchung unternommen worden sei nach einer Besprechung im Kabinett oder im Foreign office? Hicks erwiderte, er habe Wyndham Childs Scotland Yarts gestern spät abends gesehen. Heute morgen sei Childs noch immer bei der Arcos gewesen. Die Frage über den genauen Teil des Gebäudes, in dem sich die Handelsdelegation befinde, könne er nicht beantworten, darüber werde er erst am Montag eine Mitteilung haben. Was den zweiten Teil der Frage betreffe, so sei das eine Angelegenheit, für die das Innenministerium die Verantwortung trage. Ein Konservativer, Williams, fragte, ob es wahr sei, daß der Sowjetgeschäftsträger direkt zur Arbeiterpartei in Unterhaus gegangen sei, statt zum Foreign office zu gehen. Hicks erwiderte, die Frage sollte an die Bänke der Opposition gerichtet werden. Darauf erhobt sich Henderson und erklärte, es sei wahr, daß der Geschäftsträger ins Unterhaus gekommen und mit ihm eine Unterredung hatte. (Hört! Hörtrufe bei der Regierungspartei.) Er müsse betonen, daß der Geschäftsträger, bevor er hierher gekommen sei, alles mögliche getan habe, um mit dem Staatssekretär des Foreign office in Verbindung zu treten. Taylor (Arbeiterpartei) fragte, ob es wahr sei, daß einige hundert englische Angestellte der Arcos durchsucht worden seien? Hicks erwiderte, Taylor scheine zu glauben, daß dies ein Ausnahmefall sei. Die Arcos sei eine ähnliche Gesellschaft mit einer Anzahl englischer Angestellter. Wenn der Polizeirichter eine Untersuchungsordnung für ein Privatgebäude erlasse, werde die Frage der Nationalität überhaupt nicht erwogen. Auf eine erneute Frage Taylors, ob es wahr sei, daß diese Leute einer Untersuchung unterworfen und ihre persönlichen Papiere von der Polizei geprüft worden seien, erwiderte Hicks, es sei ihm unmöglich, im Augenblick darauf zu antworten. Die Vollmacht zur Untersuchung sei von dem Polizeirichter ausgestellt worden, und nicht von ihm. Alfred Knox fragte, ob der Besuch des sowjetrussischen Geschäftsträgers bei dem Exekutivausschuß der sozialistischen Arbeiterpartei nicht einen groben Bruch der diplomatischen Etikette darstelle? Hicks erwiderte, diese Frage würde besser an seinen Kollegen im Foreign office gerichtet werden. Thurtle fragte, ob sich die Untersuchungsvollmacht nicht nur auf die Arcos, sondern auch auf die russische Handelsdelegation erstrecke? Hicks erwiderte, er habe schon gesagt, daß er augenblicklich nicht sagen könne, wo das eine Gebäude beginne und das andere aufhöre. Ehe er nicht mit Wyndham Gilds gesprochen habe, der mit dieser Angelegenheit beauftragt worden sei, sei es ihm unmöglich, diese Frage zu beantworten.

Die Vorarbeiten für das Reichsschulgesetz

b **Berlin**, 15. Mai. Nach dem Lokal-Anzeiger schweben Erwägungen, als Referenten für das Reichsschulgesetz den württembergischen Ministerialrat Löffler in das Reichsinnenministerium zu berufen. Reichsminister des Innern von Keudell dürfte einen kleinen Ausschuß von Sachverständigen in der Frage hören. Diesem Ausschuß werde wahrscheinlich auch der Freiburger Universitätsprofessor Krebs angehören, von dem es kürzlich irrtümlicher Weise hieß, daß er als Referent für das Reichsschulgesetz in das Reichsinnenministerium berufen werden soll.

Die Deutschnationalen zur Konkordatsfrage.

vdz **Berlin**, 13. Mai. Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei gibt zur Konkordatsfrage eine Erklärung heraus, in der es, wie „vdz" erfährt, heißt:

Aus dem Bereich solcher Verhandlungen scheiden Schulfragen für uns aus. Deren gesetzliche Regelung ist grundsätzlich vorweg zu erstreben und sobald als möglich mit allen Mitteln durchzusetzen. Das Reichsschulgesetz ist das erste Ziel unserer Bemühungen. Wir wollen darin den Bestand und die Entwicklungmöglichkeit der christlichen Schule sicherstellen. Wahrung der Staatshoheitsrechte, nicht ihre Preisgabe, soll leitender Gesichtspunkt sein, wenn Vereinbarungen zwischen Staat und Kirchen abgeschlossen werden müssen. Diese Vereinbarungen sind gegebenenfalls nicht nur mit der katholischen Kirche, sondern gleichwertig mit den evangelischen Kirchen zu treffen. Ihre Regelung ist Landessache. Zur Durchsetzung dieser Grundsätze behält sich die Partei volle Handlungsfreiheit vor.

Huppertz begnadigt.

‡ **Hamburg**, 13. Mai. Der Senat hat den Schriftleiter Rainer Huppertz, der wegen Beleidigung des Kardinals von Faulhaber zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt ist und diese Strafe ab 1. April 1927 verbüßt, zum 1. Juni 1927 unter Auferlegung einer vierjährigen Bewährungsfrist begnadigt. Die Begnadigung ist auf eine besondere Befürwortung seines Gnadengesuches durch den Kardinal von Faulhaber zurückzuführen.

Beamtenausschuß des Reichstages.

w **Berlin**, 13. Mai. Der Beamtenausschuß des Reichstages erledigte bei der dritten Lesung der Reichsdienststrafordnung die §§ 1—19 über die Dienstvergehen und Dienststrafen, sowie über das Verhältnis des Dienststrafverfahrens zum gerichtlichen Strafverfahren. Der Entwurf enthält im Gegensatz zu dem jetzt in Preußen und Bayern geltenden Recht die Bestimmungen, daß das Disziplinarrecht an die tatsächlichen Feststellungen des Strafgerichts in dem vorausgegangenen strafgerichtlichen Verfahren gebunden ist. Angenommen wurde mit den Stimmen der Linken, der Demokraten und der Wirtschaftspartei ein Eventualantrag, der die Bindung an die tatsächlichen Feststellungen des Strafgerichts dann beseitigt, wenn das Dienststrafgericht einstimmig Zweifel an deren Richtigkeit hat. Die Annahme erfolgte gegen den Widerspruch der Regierungsvertreter, aber nach Befürwortung durch den Vertreter der Bayerischen Regierung.

☛ Die heutige Ausgabe umfaßt 20 Seiten.

Die kleine Entente tagt . . .

(Von unserem Korrespondenten.)

St. **Joachimsthal** (Böhmen), 12. Mai.

Das kleine Städtchen Joachimsthal im erzgebirgischen Egerland, das insofern geschichtliche Bedeutung hat, als aus den dortigen Erzgruben der Grafen Schlick jene Taler geschlagen worden sind, aus denen später die deutschen Reichstaler entstanden und in welchem erstmalig aus der sogenannten Pechblende Radium gefördert wurde — in diesem in ein langes Tal malerisch hingelagerten Städtchen beginnt morgen die diesjährige Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente, bei welcher Gelegenheit wahrscheinlich der Welt verkündet werden wird, daß von einer Lockerung des Bundes der kleinen Staaten nicht gesprochen werden könne. Allerdings wird diese Feststellung die Welt nicht darüber hinwegtäuschen können, daß allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz die Kleine Entente nach der politischen Entwicklung der letzten Jahre heute jede Existenzberechtigung verloren hat, da die im Süden und Osten Europas sich vollziehenden neuen Staatengruppierungen es mit sich bringen, daß dem gegenwärtigen Bündnissystem der kleinen „Sieger"-Staaten (Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien) jene Grundlagen fehlen, die vor Jahren zur Realisierung der Kleinen Entente geführt haben.

Die Kleine Entente, gedacht als ein Schutzwall, der im östlichen Europa und auf dem Balkan zwischen den Großmächten errichtet werden sollte zur Erhaltung und Festigung der Selbstständigkeit der kleinen Länder dieses Gebietes, hat ihrer Aufgabe schon deswegen nicht gerecht werden können, weil sie zu Oesterreich, Ungarn und Bulgarien eine — gelinde gesagt — durchaus negative Einstellung pflog und damit selbst die Bestrebungen dieser Staaten förderte, anderswo Anschluß zu finden, wo, nicht wie im Bunde der kleinen Staaten die Aufnahme in einem gemeinsamen Interessenkreis davon abhängig gemacht wird, daß die Verbindung suchender Länder vorbehaltlos sich einem Diktat fügen, das ihnen lediglich Pflichten auferlegen würde, ohne ihnen gleichermaßen Rechte zuzugestehen. Die Staatsmänner Österreichs, Ungarns und Bulgariens waren klug genug, ihre Länder unter solchen Auspizien nicht der Kleinen Entente zu überliefern; die Folge war, daß Ungarn und Bulgarien Anlehnung an Italien suchten und fanden, und daß Österreich mit Erfolg sich bemühte, zu Deutschland in ein festes Verhältnis zu gelangen, und das vorläufige Ergebnis dieser politischen Umorientierung ist die fast völlige Wiederherstellung der politischen Aktionsfähigkeit der erwähnten drei Staaten.

Innerhalb der Kleinen Entente selbst aber traten in der gleichen Zeit, während welcher die Donaustaaten um die Anlehnung an Italien bzw. Deutschland bemüht waren, erhebliche Schwierigkeiten auf, die deutlich dartun, daß der Bund der Kleinen Entente heute nur mehr ein Torso ist, unfähig jeder großzügigen Aktion. So sind vor allem Rumäniens Interessen von denen der Tschechoslowakei und Jugoslawiens so sehr verschieden, daß dadurch das Gefüge der Kleinen Entente sehr wesentlich gelockert erscheint; der Einfluß der Panslawisten auf die Prager Regierung verstimmt in Bukarst als ein Kompliment vor Rußland, ebenso die russenfreundliche Politik Jugoslawiens, und wenn dazu noch in Betracht gezogen wird, daß man in Belgrad ein dauerndes Mißtrauen gegen Rumänien zeigt, häufig in der Presse eine scharfe Sprache gegen den rumänischen Verbündeten führt und unterschiedliche wichtige Forderungen der in Jugoslawien ansässigen Rumänen trotz aller Urgrenzen unerledigt läßt, dann läßt sich unschwer daraus ableiten, daß zwischen Bukarest, Prag und Belgrad Gegensätze klaffen, die zu überbrücken wahrscheinlich der Konferenz von Joachimsthal nicht ohne weiteres glücken wird.

Die Umklammerung durch Italien drängt Südslawien, das sich von seinen Bündnisfreunden nicht genügend geschützt erachtet, dazu, anderswo Stütze und Hilfe zu suchen; es kokettiert stark mit Moskau und Konstantinopel, sehr zum Mißvergnügen Bukarests, und erwägt eine Fühlungnahme mit Ungarn, die wieder der Tschechoslowakei nicht ins Konzept paßt, und so ist innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit ein Tohuwabohu innerhalb der Kleinen Entente entstanden, wie es schlimmer nicht sein könnte.

Das Bündnis der kleinen Staaten hat bezweckt, im Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie die besiegten Staaten an die Koppel zu legen und gleichzeitig gegenüber Deutschland die Rolle eines Wächters im Auftrag Frankreichs zu übernehmen. Beiden Aufgaben ist die Kleine Entente heute nicht mehr gewachsen, denn durch die schroffen Gegensätze im eigenen Lager ist sie erstens nicht mehr imstande, die Interessen ihrer Partner zu schützen, zweitens hat sie die Wiedererstarkung der besiegten Länder zur vollen politischen Aktionsfähigkeit nicht zu verhindern vermocht und drittens macht der deutsch-französische Vertrag von Locarno ihre Spitzel- und Bewachungstätigkeit gegenüber dem Deutschen Reiche überflüssig. Nimmt man dazu, daß Polen und Griechenland sich den Einladungen zum Beitritt in die Kleine Entente gegenüber ablehnend verhalten, dann läßt sich die derzeitige Bedeutung dieses Bündnisses der Kleinen Siegerstaaten so deutlich erkennen, daß auch die geschicktest formulierten Kommuniquees über die wahrscheinlich im Zeichen der gewohnten „Solidarität" vor sich gehende, in Wirklichkeit aber wahrscheinlich sehr bewegt verlaufenden Tagung von Joachimsthal nicht darüber hinwegtäuschen können, wie sehr die kleinen Staaten von der Entwicklung der Großmächte zueinander abhängig geworden sind und wie zwecklos die Aufrechterhaltung dieses zur Ohnmacht verurteilten Kleinstaatenbundes geworden ist, der sich Kleine Entente nennt und mit seiner heurigen Konferenz lediglich verschleiern will, daß er politisch längst erledigt ist!

*

w **Joachimsthal** 13. Mai. Ueber die heutige erste Beratung der drei Außenminister der Kleinen Entente wird in einem offiziellen Communiqué gesagt: Die Minister gaben nacheinander eine Darstellung über die auswärtige Gesamtlage, wie auch über den Stand der Beziehungen ihres Landes zu den Nachbarstaaten und den übrigen Ländern. Dieser allgemeine Bericht wurde durch den Austausch von Informationen der beteiligten Minister über alle Fragen, die jeden den drei Staaten der Kleinen Entente betreffen, ergänzt. Die nächste Sitzung findet am Samstag vormittag statt. Auf ihr wird die Debatte über die Gesamtlage fortgesetzt.

Tätlicher Angriff auf Miljukoff.

w **Riga**, 13. Mai. (Tel.) Der ehemalige Außenminister der russischen provisorischen Regierung von 1917, Miljukoff, wurde während eines Vortrages, den er hielt, von einem Herrn Aderkas geohrfeigt. Der Angreifer wurde verhaftet; er erklärte, die von Kerenski und Miljukoff geführte Revolutions-Regierung sei verantwortlich für den Hungertod seiner Eltern und seines Bruders in Petersburg.

Niederschlagung des Prozesses gegen Miß Gibson.

w **Rom**, 12. Mai. Der Untersuchungsausschuß des Sondergerichts zum Schutze des Staates sprach sich für Niederschlagung des Prozesses gegen Miß Gibson, die auf Mussolini einen Anschlag verübt hatte, wegen derer völliger Unzurechnungsfähigkeit aus. Miß Gibson reiste heute früh in Begleitung ihrer Schwester, dreier englischer und einer italienischen Krankenwärterin nach England ab.

Die Finanzdebatte im Landtage.

pd **Berlin**, 14. Mai. (Tel.)

Der preußische Landtag begann heute die zweite Lesung des

Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung.

Mit zur Beratung stehen der deutschnationale Urantrag über die Senkung der Realsteuern in den Gemeinden und die demokratische Große Anfrage über die angekündigten Reichsgesetzentwürfe betreffend die Realsteuern, die Hauszinssteuer und die Vereinfachung und Zusammenfassung der Steuerverwaltung.

Abg. Dr. **Wiemer** (DVP.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Der Ueberschuß des Jahres 1924 in Höhe von 200 Mill. sei durch die Fehlbeträge der Jahre 1925 und 1926 aufgezehrt. Der Etat für 1927 ergebe eine Einnahme und Ausgabe von rund 3,4 Milliarden. Für das Jahr 1927 sei wiederum mit Anleiheaufnahmen zu rechnen.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff

beantwortet zunächst die Anfragen über das Schicksal des Gebäudes des früheren preußischen Kriegsministeriums dahin, daß der Staat nicht daran denke, dieses Gebäude zu verkaufen. Der Minister teilt in Beantwortung der deutschnationalen Anfrage über die Senkung der Realsteuern mit, daß die Annahme der Fragesteller, daß auf Preußen mehr als 120 Millionen an Mehrüberweisungen entfallen, nicht zutreffe. Den Grundgedanken des Reichsgesetzes zur Uebergangsregelung des Finanzausgleichs, wonach die Mehrüberweisungen in erster Linie zur Senkung der Realsteuern zu verwenden sind, stimme die Staatsregierung zu. Die auch von Preußen anerkante Notwendigkeit einer Senkung der Realsteuern sei bereits durch die Herabsetzung der Grundbeträge für die Gewerbesteuer und die Grundvermögenssteuer angebahnt worden. Die Senkung bedeute eine Entlastung der Realsteuern um etwa 60 Millionen bei der Gewerbesteuer um 12 Millionen, bei der Grundvermögenssteuer unter der Voraussetzung gleicher kommunaler Zuschläge wie im Jahre 1926. Der Staat habe seinerseits durch Maßnahme zugunsten der Gemeinden die Möglichkeit einer Senkung ihrer Realsteuern nicht unerheblich gefördert. Der Minister verweist darauf, daß der Staat auf eine Mehreinnahme in Höhe von 20 Millionen für Zwecke des allgemeinen Finanzbedarfes anläßlich der kürzlich erfolgten Erhöhung der Hauszinssteuer verzichtet habe, daß er ferner die Beiträge für das Berufsschulwesen um 10 Millionen erhöht und für die Linderung der Not der Junglehrer 10,5 Millonen und zur Gewährung von Ausgleichszahlungen für Rektoren zwei Millionen zur Entlastung der Gemeinden bereitgestellt habe. Bezüglich des Ausmaßes der Senkung der Realsteuern, die für die Gemeinden eine Verbesserung von 5 Millionen bedeutet, können die reichsgesetzlichen Verpflichtungen nicht der Notwendigkeit überheben, für die Ausgleichung des Haushaltes für 1927 unter allen Umständen Sorge zu tragen. Das gehe aus dem Wortlaut der reichsgesetzlichen Vorschrift hervor. Da die Ueberschüsse des Jahres 1924 restlos verbraucht seien, habe der preußische Staat im laufenden Rechnungsjahr keinen Betriebsmittelfonds zur Verfügung. Auch stille Reserven seien im Haushalt nicht mehr vorhanden. Jede Verminderung der steuerlichen Einnahmen müßte daher zu einem nicht zu deckenden Defizit führen. Der Minister beantwortet namens der preußischen Staatsregierung die Groß Anfrage wie folgt:

„Die Staatsregierung habe der Vorschrift die Realsteuern zu senken, in den Grenzen des Möglichen entsprochen. Eine weitere Senkung der Grundbeträge der Vermögenssteuer über die Sätze der Novelle vom 22. April hinaus erscheine nicht möglich. Auch wegen der Durchführung der Senkung der Realsteuern durch die Gemeinden sei das Erforderliche veranlaßt worden."

Der innerpreußische Finanzausgleich habe erst kürzlich eine Neugestaltung für 1927 und 1928 erfahren. Der Landtag habe in Übereinstimmung mit dem Staatsministerium abgelehnt, die Anteile an den Reichssteuerüberweisungen zu erhöhen. Die Staatsregierung beabsichtige daher nicht, Maßnahmen in dieser Richtung von sich aus anzuregen. Gegen die Grundtendenz, die der Reichsfinanzminister in dem kommenden Reichsrahmengesetz hinsichtlich des materiellen Steuerrechtes verfolge, sei nichts einzuwenden. Die Regelung der Gewerbesteuer, wie sie das Reich beabsichtige, würde jedoch zu ungünstige Auswirkungen für die Gemeinden ergeben. Hier müsse man den Gemeinden eine stärkere Freiheit zugestehen.

Der Minister erklärte weiter, er könne sich über die angekündigten Steuerreichsgesetze erst äußern, wenn die Entwürfe veröffentlicht seien. Die Gesamtsumme der preußischen Anleihen belaufe sich auf 721 Millionen Reichsmark. Im Laufe des Jahres 1927 werde es notwendig sein, noch etwa 250 Millionen an Anleihe aufzunehmen. Es sei jedoch nicht möglich, diese Anleihe auf dem veränderten inneren Markt aufzunehmen. Er zweifle nicht daran, daß bei dem günstigen Stande der preußischen Anleihen und der Kreditwürdigkeit des preußischen Staates die Möglichkeit bestehen werde, die erforderlichen Anleihen unterzubringen. Bei der Verwendung der Anleihen handele es sich besonders um produktive Ausgaben, die der Wirtschaft des ganzen Volkes dienten. Der Kurs, der bisher aufgenommenen Anleihen sei günstig. Hoffentlich werde es durch die vom Reichsbankpräsidenten veranlaßten Maßnahmen gelingen, ohne Erhöhung des Reichsbankdiskontes durchzukommen. Zum Schluß forderte der Minister den Landtag auf, bei seinen Anträgen sich der Notwendigkeit nicht zu verschließen, daß der Etat ausgeglichen werden müsse.

Deutschlands Getreideversorgung.

Keine Getreideeinfuhrscheine bis zum 31. Juli 1927.

pd **Berlin**, 14. Mai. (Tel.)

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung des Reichstages um 12 Uhr.

Zur Verhandlung steht zunächst der

deutsch-bulgarische Vertrag über den Rechtsverkehr.

Abg. Dr. **Rosenberg** (S) erklärt, daß seine Freunde von jeher für Völkerverständigung eingetreten seien. Es müsse nun aber die Frage aufgeworfen werden, ob Bulgarien unter seiner jetzigen faszistischen Regierung wirklich ein Rechtsstaat sei. Recht sei für die augenblickliche Regierung in Bulgarien, was wir Unrecht und Verbrechen nennen. Der bulgarischen Regierung würden wir keinen Vertrag bewilligen. Da dieser Vertrag aber sicherlich diese Regierung des Schreckens überdauern wird, stimmen wir der Vorlage zu.

Der Vertrag wird darauf in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Es folgt die erste Beratung eines

Gesetzes über Einfuhrscheine.

Danach wird bestimmt, daß bis zum Einsetzen der neuen Ernte, d. h. bis zum 31. Juli 1927, Einfuhrscheine für Getreide nicht erteilt werden.

Reichsernährungsminister Dr. **Schiele** empfiehlt die Vorlage. Die Gründe für die Steigerung der Getreidepreise der letzten Wochen liegen außerhalb Deutschlands. Der erste Anstoß zur Hausse ist von Argentinien ausgegangen. Der erhebliche ostasiatische Einfuhrbedarf insbesondere Chinas war dabei die hauptsächliche Veranlassung. Die Haussebewegung ist dann auf die Vereinigten Staaten und auf Kanada übergegangen. Die Haussestimmung in den überseeischen Ländern begegnete dem bekannten Einfuhrbedürfnis Europas, das in diesem Jahre — infolge eines wesentlichen Ernteausfalles — stärker als sonst hervortrat. Auffallend trat seit einigen Wochen der Einfuhrbedarf Polens hervor. In diese übertriebene Preisentwicklung wurde naturgemäß Deutschland hineingezogen. Die Preise für Weizen sind seit April an der Berliner Produktenbörse bis vierzig Mark und diejenigen für Roggen bis zwanzig Mark gestiegen. Mengenmäßig besteht indessen keine Besorgnis für die Versorgung der deutschen Bevölkerung bis zum Beginn der neuen Ernte. Eingehende Berechnungen ergaben, daß in diesem Jahre 4 329 000 Tonnen für die menschliche Ernährung einschließlich des Bedarfs der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Verfügung stehen. Hinzu kommt noch der Einfuhrüberschuß an Roggen, der rund 183 000 Tonnen beträgt, so daß für die diesjährige Versorgungsperiode 4 512 000 Tonnen zur Verfügung stehen. Danach ergibt sich für die laufende Kampagne in Roggen eine Kopfquote von 71,6 Kilogramm. Unter der Voraussetzung, daß gegenwärtig in Deutschland im Jahre rund vier Millionen Tonnen Weizen verzehrt werden, d. h. auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet 64,5 Kilogramm, würden für die laufende Verbrauchsperiode an Brotgetreide 136,1 Kilogramm zur Verfügung stehen. Der Bedarf der deutschen Gesamtbevölkerung wird auf Grund sorgfältiger Schätzungsmethoden je Kopf auf 120 Kilogramm berechnet. Wir werden also, und das ist notwendig, noch mit einem bescheidenen Vorrat in die neue Versorgungsperiode eintreten können. Wenn ich also durchaus zu der Annahme berechtigt zu sein glaube, daß von einer Gefährdung unserer Brotversorgung nicht die Rede sein kann, so gilt es, diesen Zustand nicht dadurch zu schmälern, daß bei den vorhandenen Ausfuhrerleichterungen im Osten und bei dem starken Einfuhrbedürfnis einiger europäischer Länder größere Mengen deutschen Brotgetreides ausgeführt werden. Es gilt jetzt, einer überstürzten Preisentwicklung zu begegnen. Der beabsichtigte Zweck kann in wirksamer Weise dadurch erzielt werden, daß bis zum Beginn der neuen Ernte, also bis zum 31. Juli 1927, Einfuhrscheine nicht erteilt werden. Ich kann noch hinzufügen, daß es sich nach der Auffassung der Reichsregierung hier um eine ausgesprochene Ausnahmemaßnahme handelt, die das System der Einfuhrscheine völlig unberührt läßt, und daß eine Verlängerung dieser Maßnahme nicht in Frage kommt.

Abg. Frau **Sender** (S) bezeichnet den Gesetzentwurf als ein schweres Schuldgeständnis. Die Verantwortung der Regierung und des Reichsernährungsministeriums sei um so größer, als rechtzeitig gewarnt worden sei. Die Regierung wolle nun zur Beschwichtigung der Oeffentlichkeit durch die Aufhebung der Einfuhrscheine etwas tun. Doch könne damit allein die Verknappung des Brotgetreides und seine Verteuerung nicht mehr aufgehalten werden. Die Sozialdemokratie fordere deshalb die Suspensierung der Roggenzölle neben der jetzigen Maßnahme der Regierung. Die Gefährdung der Brotversorgung könne nicht mehr geleugnet werden. Die Politik des Herrn Schiele komme in der Hauptsache dem Großgrundbesitz zugute.

Abg. **Keinath** (DVP) bedauert, daß auch für bereits getätigte Abschlüsse Einfuhrscheine nicht mehr gegeben werden.

Abg. **Meyer**-Berlin (D) verspricht sich von der Vorlage nur eine geringe Wirkung. Die von den Sozialdemokraten geforderte Suspension des Roggenzolls bis zum 31. Juli sei bedenklich.

Abg. **Hörnle** (K) wirft der Reichsregierung Brotverteuerung vor.

Die Vorlage wird darauf unter Ablehnung aller Aenderungsanträge in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Die

zweite Lesung des Gesetzes zum Schutze der Jugend

bei Lustbarkeiten wird darauf fortgesetzt bei den Bestimmungen über die Mitwirkung des Jugendamtes.

Abg. **Meyer**-Franken (K) bekämpft die Vorlage und hält den Einfluß des Jugendamtes für viel zu gering.

Bei den Strafbestimmungen bezeichnet

Abg. **Schumann**-Stettin (S) die in dem Entwurf vorgesehenen Strafen als geradezu ungeheuerlich..

Abg. **Dierath** (K) nennt das Gesetz ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft.

Abg. Frau Dr. **Siegemann** (S) bedauert das Schweigen der Regierung, die in der Vollsitzung nicht ein einziges Mal das Wort ergriffen habe.

Die Vorlage wird in zweiter Lesung erledigt. — Die Abstimmungen finden am Montag statt.

Das Haus vertagt sich auf Montag 3 Uhr: Kompromißantrag der Regierungsparteien zur Verlängerung des Republikschutzgesetzes, Krisenfürsorge. Schluß gegen 3 Uhr.

Abg. **von Niernach** (Dtnl.) äußert Zweifel, ob die Gemeinden und Gemeindeverbände zu einer Senkung der Realsteuern veranlaßt werden könnten. Der Redner wendet sich gegen die Tätigkeit der öffentlichen Wirtschaft, die sich durchaus nicht den Erfordernissen der Zeit angepaßt habe. Die Lage der Landwirtschaft sei katastrophal. Die Dawes-Lasten müßten im Verhandlungswege unbedingt gemildert werden. Die Frage des Unitarismus berge die größten Schwierigkeiten. Das Reich müsse für 1927 etwas mehr für den Osten tun. Zu bezweifeln sei aber, ob die Art, in der der preußische Ministerpräsident diese Frage hier vertreten habe, das Reich williger machen werde. Die Behauptung des ehemaligen Reichsfinanzministers Dr. Reinhold, daß jede Rechtsregierung teurer wirtschaften müsse, sei ein starkes Stück und werde durch die Politik der Deutschnationalen im Reichstage widerlegt werden.

Abg. **Leidig** (DVP) wies darauf hin, daß in einer Reihe von Städten in diesem Jahre trotz der vom Finanzminister versprochenen Senkung der Gewerbesteuer wiederum erhebliche Erhöhungen von Zuschlägen eingetreten seien. Hier müsse die kommunale Aufsichtsbehörde endlich nach dem Rechten sehen. Die Neuregelung der Beamtenbesoldung sei notwendig. Um sie finanzieren zu können, müßten alle überflüssigen Aufgaben eingestellt werden. Der Redner wandte sich gegen die neu in Aussicht genommene Erhöhung der Postgebühren. Die Preußen-Kasse müsse eine preußische Einrichtung bleiben.

Abg. Dr. **Winterfeldt** (Dtnl.) betonte, die Deutschnationalen dächten nicht daran, die Preußen-Kasse an die Rentenbank-Kreditanstalt überzuführen.

Die Besprechung wurde dann geschlossen. Die Beschlüsse des Hauptausschusses in der Abstimmung bestätigt. Sie setzten u. a. die Eingänge folgender Steuern höher an: Einkommensteuer rund 35 Millionen, Körperschaftssteuern um rund 13 Millionen, Umsatzsteuer um 4,1 Millionen, Stemelsteuer um 3 Millionen, Wandergewerbesteuer um 500 000 Mark, Grundvermögensteuer um 4 Millionen, Hauszinssteuer usw. um 120 Millionen. Bei den dauernden Ausgaben werden die entsprechenden Rückflüsse an die Gemeinden aus diesen Steuermehreingängen eingesetzt. Zum Beispiel der Gemeindeanteil an der Hauszinssteuer um rund 85½ Millionen mehr. Für Restzahlungen zum Erwerb der Herrschaft Malepartus in Oberschlesien wird ein Betrag von 2,5 Millionen eingesetzt. Angenommen wird ein Entschließungsantrag, wonach das Staatsministerium auf die Reichsregierung einwirken soll, daß hinsichtlich der Hauszinssteuer die Gesetzgebung so geregelt wird, daß für die Dauer des Bestehens dieser Steuer das gesamte Aufkommen nur für die Beschaffung und Erhaltung der Wohnungen verwendet wird.

Damit ist die zweite Lesung des Haushaltes der allgemeinen Finanzverwaltung beendet.

Das Haus stimmte auch dem Etatsgesetz in zweiter Lesung zu. Danach beläuft sich der preußische Etat für 1927 in Einnahmen und Ausgaben auf 3 437 438 309 RM. Angenommen wurde noch ein Antrag, die Minister der Finanzen, der Justiz und des Handels zu ermächtigen, die zur Einrichtung der Arbeitsgerichtsbehörden erforderlichen Stellen für planmäßige Beamte neu einzurichten und vom 1. Juli 1927 ab zu besetzen.

Das Haus vertagte sich auf Montag 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben der Beratung kleiner Vorlagen der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Beschwerden gegen die Bergbehörden.

Der Barmatprozeß.

Berlin, 13. Mai. In der heutigen Verhandlung des Barmatprozesses wurden Direktor Lichtenstein und Prokurist Gericke von der Merkurbank eingehend als Zeugen über die Verbuchung verschiedener Beträge und über die Abmachungen gehört, die zwischen Barmat und Lange-Hegermann getroffen wurden. Es handelt sich insbesondere auch um den Posten von 33 000 Mark, der bei der Merkurbank für besondere Zwecke verbucht war. Der Zeuge Lichtenstein, der sich in seinen Angaben mehrfach widerspricht, nahm an, daß es sich bei diesem Vermerk um Zuwendungen an die Zentrumspartei handelte. Es entwickelten sich dann noch längere Erörterungen und buchhalterische Prüfungen verschiedener Posten in den Büchern der Amezima und der Merkurbank.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird dann der Zeuge Dr. Holzer vernommen, der dem Minister Höfle im Auftrage der Merkurbank zu Lasten des Kontos Höfle 5000 Mark überbrachte. Der Zeuge überbrachte dem Minister zugleich mit dem Gelde einen Brief der Merkurbank, über den sich Dr. Höfle außerordentlich erfreut zeigte. In den weiteren Verhandlungen ist noch die Rede von einem gleichen Betrage von 5000 Mark, der gegen Quittung abgehoben wurde mit dem Vermerk: „Wegen H." Der Angeklagte Barmat erklärte, das könne Heilmann sein, dem er verschiedentlich Gelder gegeben habe. Die Verhandlungen wurden dann auf Montag vertagt.

Deutsches Reich

Neue Anzeige gegen Bacmeister.

tu **Berlin**, 13. Mai. Bei dem Generalstaatsanwalt Berlin ist eine Anzeige aus Münster-Westfalen gegen den Hauptschriftleiter der „Bergisch-Märkischen Zeitung", Bacmeister, wegen Urkundenfälschung, Staatsbetruges und Meineids eingegangen. Die Anzeige behauptet, daß die beiden eidlichen Aussagen Bacmeisters im Prozeß Kußmann-Knoll nicht richtig gewesen seien. Außerdem habe er im Jahre 1919—20 bei den Lieferungen an die Eisenbahndirektion Köln nicht die ihm von seinem Papierlieferanten ausgestellten Originalrechnungen übersandt, sondern Fakturen, die nach seiner Angabe ausgestellt worden seien und in der die Papierpreise höher als erlaubt eingesetzt worden seien..

Zu der Angelegenheit Dr. Goldmann—Dr. Dietz.

Berlin, 13. Mai. In dem Verfahren gegen den Studienrat Dr. Goldmann und den Studienassessor Dr. Dietz sind gegen den Untersuchungsrichter in Elberfeld erneut Angriffe erhoben worden. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst erfährt, sind die Ermittlungen darüber, ob die Vorwürfe begründet sind, bereits im Gange. Der Preußische Justizminister hat eine erschöpfende Aufklärung angeordnet.

Zu dem Streit im Reichstag.

w **Berlin**, 13. Mai. Der Bericht über den Streit zwischen Kommunisten verschiedener Richtungen im Reichstage, wird, wie uns von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird und von einem Augenzeugen, als irrtümlich bezeichnet. Danach ist nicht der kommunistische Abgeordnete Pfeiffer der Angreifer gewesen, sondern der linke Kommunist Schlagewerth, der in Gegenwart einiger seiner Freunde von Pfeiffer verlangte, er sollte in der „Roten Fahne" eine Berichtigung bringen und auf die Weigerung Pfeiffers hin, gegen diesen tätlich vorging. Kommunistische und andere Abgeordneten trennten die Streitenden. Eine größere Ansammlung von kommunistischen Besuchern soll es im Umgang des Reichstagsgebäudes nicht gegeben haben.

Zusammenbruch der Danziger Messe-A.-G.

tu **Danzig**, 13. Mai. Bei den Beratungen des Hauptausschusses des Danziger Volkstages über die Etats für Handel und Gewerbe entspann sich eine längere Debatte über die Verluste, die die freie Stadt Danzig durch die Danziger Messe A.-G. gehabt habe. Auf Befragen nahm Handelssenator Dr. Frank zur Lage der Messe A.-G. Stellung. Er bezeichnete die Entwicklung der Gesellschaft als Trauerspiel. Der Anfang des Geschehens habe die schnelle Entwicklung der Danziger Messe zu den letzten Hoffnungen berechtigt. Die günstige Lage habe sich von dem Augenblick an geändert, als der deutsch-polnische Handelskrieg begann. Die Messe A.-G. versuchte aber, sich über diesen schwierigen Punkt hinwegzuschleppen. Da nun auch heute noch keine Aussicht auf Beendigung des deutsch-polnischen Handelskrieges vorhanden sei, seien der Gesellschaft keinerlei Lebensmöglichkeiten gegeben. Die Danziger Messe A.-G. könnte jetzt durch ihre Liquidation dem Konkurs ausweichen.

Aus aller Welt.

Zur Regierungsbildung in Oesterreich.

tu **Wien**, 14. Mai. Nach einer Mitteilung der Großdeutschen Volkspartei sind gestern die grundsätzlichen Vereinbarungen über die Regierungsbildung zum Abschluß gekommen. Die Großdeutsche Volkspartei habe auf die Stelle des Vizekanzlers zugunsten des Landbundes verzichtet. Der Vizekanzler solle in dem neuen Kabinett Seipel das Innenministerium verwalten. Die Großdeutsche Volkspartei werde wie bisher den Minister für Justiz und den Minister für Handel und Gewerbe stellen. Das Justizamt soll durch Gesetz zu einem selbständigen Bundesministerium erklärt werden. Die Parteien seien sich einig zum ersten Präsidenten des Nationalrates einen Christlich-Sozialen, zum zweiten einen Sozialdemokraten und zum dritten Präsidenten einen Großdeutschen Volkspartei namhaft zu machen.

Zu diesem Communiqué der Großdeutschen Volkspartei wird ergänzend mitgeteilt, daß der gestrige Ministerrat beschlossen habe, vor dem Zusammentritt des Parlaments offiziell zurückzutreten. Der Hauptausschuß des Nationalrates soll darauf zu den Wahlen für die neue Regierung auf Grund der Vereinbarungen der Parteien schreiten.

Vor einer Ausrufung Achmed Zogus zum König?

w **Paris**, 13. Mai. (Tel.) Nach einer Meldung des „Journal" aus Belgrad haben aus Albanien in Südslawien eingetroffene Flüchtlinge angekündigt, daß der Präsident der Republik Albanien, Achmed Zogu, der auch Oberbefehlshaber der Truppen ist, am kommenden Sonntag zum König ausgerufen werde.

Der Sühneturm.

Eine hanseatische Anekdote.

Von Karl Lerbs.

Ein Aussichtsturm, der inmitten eines schönen Waldparkes steht und über das Dächergewirr einer alten Hansestadt weiten Ausblick gewährt, wird in den kaufmännischen Kreisen der guten Stadt oftmals mit dem seltsamen Namen „Der Sühneturm" benannt; wobei dann ein wissendes Lächeln der Eingeweihten die Erinnerung an die nicht gewöhnliche Geschichte erstehen läßt, aus der dieser Turm gleichsam erwuchs. Da sicherlich nicht Allzuviele von denen, die durch Besteigen des Turmes ihren Gesichtskreis zeitweilig zu erweitern bestrebt sind, diese Geschichte kennen, so glaubt der Erzähler einen hinlänglichen Vorwand für ihre Enthüllung zu haben.

Vor einigen Jahrzehnten saßen (so berichtet man) im Ratsweinkeller der wohlbekannten, aber in dieser Geschichte namenlosen Stadt zwei Großkaufleute beisammen, um nach der ernsten Anspannung des mittäglichen Börsenbesuchs bei einer Flasche Rüdesheimer Berg eine Weile der nicht minder ernsten, aber durchweg doch minder geschäftlichen Erörterung allgemeiner Fragen obzuliegen. Dabei ergab es sich, daß der eine von ihnen, ein bedeutender Petroleumimporteur, aus einer knappen Betrachtung der Welt- und Marktlage den unanfechtbaren Beweis ableitete, daß die nützliche Flüssigkeit, die man mit dem unschönen Namen Petroleum (in der Volkssprache jener Stadt „Paterlarum") belegt hat, in der nächsten Zeit eine nicht unerhebliche Preissteigerung zu gewärtigen habe. Der andere, wesentlich jüngere Herr, Inhaber eines aussichtsvoll auftretenden Baumwollimportgeschäfts, der diese Mitteilung sichtlich interessiert entgegennahm, saß einige Minuten nachdenklich vorgeneigt, stumm, mit gepflegter Hand seinen gepflegten Spitzbart streichend und in die eingehende Betrachtung des grüngolden im Grase leuchtenden Weines versunken. Seine Erwägung führte zu dem Schluß, daß gegen eine Kapitalkräftigung seines Baumwollgeschäftes vermittels Ausnutzung der Petroleumkonjunktur ein stichhaltiger kaufmännischer Einwand nicht erhoben werden könne. Da bei hanseatischen Handelsherren die Erörterung auch der bedeutsamsten geschäftlichen Entschlüsse auf ein Mindestmaß beschränkt wird, so endete das Gespräch alsbald damit, daß Herr B., der Baumwollimporteur, von Herrn P., dem Petroleumimporteur, eine sehr erhebliche Menge Petroleum kaufte, lieferbar nach sechs Monaten. Man trennte sich mit der Übereinkunft, die erforderlichen Schlußzettel über dies Geschäft noch am gleichen Tage auszufertigen, und in dem beiderseitigen erhebenden Bewußtsein, den Un- und Aufregungen einer Terminspekulation entgegengeleuben.

In den nun folgenden Monaten nahm Herr B. oftmals Veranlassung, seine Aufmerksamkeit von der sachlichen Baumwolle ab- und der Bewegung jener nützlichen Flüssigkeit zuzuwenden, die tatsächlich, getreu der Vorhersage des Herrn P., eine „stetig steigende Tendenz" aufwies. Aber alle Flüssigkeiten, auf denen sich Kämpfe abspielen, sind treulos, wie man schon vom Meere weiß; aus dem Steigen wurde ein Fallen, und es trat Ebbe ein. So verwandelte sich Herrn B.s freundliche Aufmerksamkeit in zunehmendem Maße in Nachdenklichkeit; und als er nach sechs Monaten von der Firma P. ein Schreiben erhielt, in dem das Petroleum „angedient" (das will sagen zur Abnahme freigestellt) und berechnet wurde, war in der Bewegung der gepflegten Hand, die den gepflegten Spitzbart strich, eine leichte Nervosität unverkennbar. Hierauf trommelte er ein Weilchen mit den spitzen Fingern der Linken auf der Schreibtischplatte, prüfte sein Bankbuch und spitzte einen Bleistift. Als er durch diese sinnbildliche Handlung seinen Intellekt geschärft hatte, pfiff er durch die Zähne, lächelte, nahm Hut und Stock und begab sich zu einem befreundeten Spediteur, mit dem, wie er wußte, die Firma P. zu arbeiten pflegte. Sein Lächeln hatte sich, als er nach einer Unterredung mit diesem Herrn das Haus verließ, so verstärkt, daß ein scharfer Beobachter wohl von einem Grinsen hätte reden dürfen; als er indessen das P.sche Geschäftshaus erreicht hatte, würde auch der schärfste Beobachter vergeblich seine Züge nach einem ausgeprägten Stimmungsmerkmal durchforscht haben.

Herr P. empfing den Besucher mit taktvoll gedämpftem Wohlwollen, machte, ihn aufmerksam im Auge behaltend, einige fachmännische Bemerkungen über die Marktlage und sprach dann, ins Thema einlenkend, sein höfliches Bedauern aus, daß dieser erste Versuch auf branchefremdem Gebiet für Herrn B. so wenig zufriedenstellend verlaufen sei; doch werde sein verehrter Geschäftsfreund hoffentlich im weiteren Verlauf des angenehm empfundenen Zusammenarbeitens diese — zugegeben: ärgerliche — Scharte auswetzen können. Herr B. verwies mit einer lässigen Handbewegung die Sache ins Reich der Bagatelle, zog sein Scheckbuch hervor und gab die Absicht kund, die erforderliche Summe sogleich anzuweisen; er bitte daher um Ausstellung des Lieferscheines und um die Mitteilung, bei welchem Spediteur er sein Petroleum in Empfang nehmen könne.

Herrn P.s überlegenes Wohlwollen ging ersichtlich in Erstaunen über, und seine linke Hand begann das Herrn B. wohlbekannte Trommelspiel auf der Tischplatte: Ob denn, so erkundigte er sich, Herr B. die Ware tatsächlich einzulagern gedenke? — ein Verfahren, das angesichts des hohen Lagergeldes, der Versicherungsspesen und des durch „Leckage" entstehenden Gewichtsverlustes als höchst unrentabel anzusehen sei, ganz abgesehen von der zu erwartenden weiteren Preissenkung? Er, P., würde vorschlagen, das Geschäft (wie er persönlich es stets angesehen habe) als Termingeschäft zu behandeln und nach der üblichkeit unter Verzicht auf Lieferung die durch die Preissenkung entstandene Differenz an ihn, P., zu begleichen. Damit sei dann für Herrn B. jedes weitere Risiko in dem ihm doch — um es nochmals zu betonen — branchefremden Artikel vermieden. Herr B. bedauerte, diesem freundlichen Vorschlage nicht beipflichten zu können; der Usus des Termingeschäftes sei ihm zwar nicht fremd, aber als Spekulation unsympathisch, und kurz und gut, er bitte um sein Petroleum.

Es entstand eine nicht lange, aber schwüle Pause, die Herr B. mit der Betrachtung seines linken Manschettenknopfes ungezwungen ausfüllte; worauf Herr P. mit vollkommener, aber nicht ganz mühelos gewonnener Fassung sich zur Lieferung augenblicklich außerstande erklärte, da der mit dem Petroleum schwimmende Dampfer seit Tagen überfällig sei. Herr B. gab die Möglichkeit eines solchen Zwischenfalles bereitwillig zu, wies indessen darauf hin, daß in diesem Falle sich die Begleitfrachtbriefe der Sendung („Konnossemente" genannt) ja bereits in Herrn P.s Händen befinden müßten, und daß er zur Beruhigung seines kaufmännischen Gewissens diese Dokumente einzusehen wünsche: nach Erfüllung dieser, für ihn allerdings unerläßlichen, Bedingung sei er bereit, seinen Standpunkt in der Lieferfrage einer erneuten Erwägung zu unterziehen. Die herauf eintretende Pause war schon länger und noch schwüler; und da Herr P., unter verstärktem Trommeln, beharrlich schwieg, erhob sich Herr B., stellte in eisigem Tone eine Lieferfrist von fünf Tagen, erbat und erhielt eine Bestätigung dieser Abmachung und empfahl sich mit untadeliger Verbeugung.

Wie Herr P. die Frist ausfüllte, vermag der Erzähler nicht anzugeben; Tatsache ist jedenfalls, daß Herr B. sich pünktlich nach fünf Tagen mit undurchdringlichem Gesicht wieder einstellte und sein Petroleum verlangte. Herr P. zuckte die Achseln. Nunmehr stellte Herr B. sehr ruhig und ohne die Stimme zu erheben fest, er glaube annehmen zu dürfen, daß die ihm verkaufte Ware überhaupt nicht vorhanden sei; eine Feststellung, deren Richtigkeit Herr P. mit dem Hinzufügen anerkannte, daß sie auch trotz aller Bemühungen in absehbarer Zeit nicht beschafft werden könne, und daß unter diesen Umständen wohl nur eine Regelung der Sache im Sinne seiner ursprünglichen Auffassung übrigbleibe. Aber die Einigung zwischen Petroleum und Baumwolle scheiterte. Herr B. erkundigte sich, ob seinem Geschäftsfreunde bekannt sei, daß die Firma B. ihre Ansprüche auf die Ware nicht nur im Klagewege geltend machen könne, sondern daß angesichts einer solchen Verletzung von Treu und Glauben nach gegenwärtig geltendem formalen Recht auch beim Strafrichter ein Interesse für den Fall vorausgesetzt werden dürfe? Worauf Herr P. abermals die Achseln zuckte und ganz gegen seine Gewohnheit eine Brasilzigarre nicht nur schief abschnitt, sondern auch noch ihres halben Deckblattes beraubte.

Hier schien Herrn B. der Augenblick gekommen, zu einem sorgsam vorbereiteten Schlage auszuholen. Es könne, so sagte er, wohl nicht zweifelhaft sein, daß durch einen solchen Vorfall das Ansehen des ehrlichen und gerechten Handels, das hochzuhalten er, B., unablässig bemüht sei, schweren Schaden nehmen und das Eindringen eines jobbernden Spekulantentums übelster Citysorte gefördert werden müsse. Deshalb, und nur deshalb, sei er bereit, nach nunmehr erfolgter Klarlegung des Tatbestandes (er sagte wirklich: Tatbestandes) seinerseits einen Vorschlag zur Beilegung der Sache zu machen. Hier stellte Herr P. seine vergeblichen Bemühungen, die Zigarre am verkehrten Ende anzünden, ein; während Herr B., gelassen die Beinstellung wechselnd, fortfuhr: Zunächst müsse Herr P. auf die Zahlung der von ihm geforderten Margensumme verzichten und ihm, B., die Möglichkeit geben, von dem ganzen Petroleumgeschäft zurückzutreten; die Summe selbst aber müsse Herr P., der das Antlitz des Handels durch sein Vorgehen schlimm entstellt habe, dazu verwenden, das Antlitz seiner Vaterstadt zu verschönen. In dem großen Stadtpark sei eine Stelle, die nach der Errichtung eines Aussichtsturmes geradezu rufe, nein: schreie. Diesen Turm zu Nutz und Frommen einer ehrsamen hanseatischen Bürgerschaft unverzüglich auf seine Kosten zu erbauen, müsse Herr P. sich verpflichten; um gegen diese Verpflichtung ein Schweigeversprechen seines Partners einzutauschen. Herr P. legte die Zigarre weg, ging zum Fenster, kehrte um und leitete ohne weitere Erörterung die erforderlichen Formalitäten ein. Hierauf schieden die Herren mit einem Händedruck, der weniger der Kundmachung persönlicher Sympathie als vielmehr der Bekräftigung einer getroffenen Vereinbarung galt.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß Herr B., der die Fortschritte des Turmbaues zu — ach so, nein: also des Turmbaues aufmerksam verfolgte, zur feierlichen Einweihung des Gebäudes erschien und den Huldigungen, die man dem hochherzigen Spender darbrachte, unparteiisch aber verständnisvoll anwohnte; und daß er, der das fertige Gebäude als einer der ersten Besucher erstieg, oben mit sichtlichem Wohlbehagen verweilte und, mit gepflegter Hand seinen gepflegten Spitzbart streichend, über das Dächergewirr der guten Stadt einen lächelnden Rundblick tat.

[Akademische Nachrichten.] Prof. Dr. Paul Trendelenburg in Freiburg i. B. hat den Ruf auf den Lehrstuhl der Pharmakologie an der Universität Berlin als Nachfolger A. Heffters angenommen. — Dem mit dem Titel und Rang eines außerordentlichen Professors ausgestatteten Privatdozenten für physikalische und anorganische Chemie an der Universität Würzburg Dr. Hans Grimm, der erst kürzlich einen Ruf auf das Extraordinariat der physikalischen Chemie an der Universität Jena abgelehnt hat, ist der Titel und Rang eines ordentlichen Professors verliehen worden. — Prof. Dr. Erich Grafe in Würzburg hat den Ruf auf den Lehrstuhl der inneren Medizin an der Medizinischen Akademie in Düsseldorf als Nachfolger des Geh. Med.-Rats Prof. August Hoffmann abgelehnt. — Die Oberstudiendirektorin an der Staatlichen Helene-Lange-Schule (Lyzeum mit realgymnasialer Studienanstalt) in Schneidemühl Dr. Marie-Anne Kuntze ist zur Dozentin für Deutsch und praktische Sozialpädagogik an der Pädagogischen Akademie in Frankfurt a. M. berufen worden. — Am 10. d. Mts. verschied der ordentliche Professor der physikalischen Chemie an der Prager deutschen Universität Dr. Viktor Rothmund im Alter von 57 Jahren. H. K.

Der Fall Wislizenus

Roman von Otfried von Hanstein.

2)

Es gibt Augenblicke, in denen man fühlt, daß uns etwas Unangenehmes bevorsteht. So war es Ewald zumute, als er den Umschlag aufriß und las: „Sehr geehrter Herr Doktor! Ich warte in Ihrer Wohnung. Ich muß Sie unbedingt noch heute nacht sprechen und bitte Sie, augenblicklich zu kommen. Gunther."

Ewald erblaßte und lächelte bitter. Das überraschende Glück konnte nicht ohne Rückschlag bleiben.

Er überlegte, dann nahm er Hut und Mantel und trat auf den Korridor.

„Ist Herr Doktor Schrecker noch da?"

„Er hat eben Herrn Doktor Weyer die Nachwache übergeben und will das Haus verlassen."

Ewald ging in das Arztezimmer und fand dort Schrecker in Hut und Mantel.

„Lieber Kollege, ich habe eine Bitte an Sie."

„Aber selbstverständlich, mit größtem Vergnügen!"

Trotz seiner Erregung fiel Ewald auf, daß Schrecker sich übertrieben zuvorkommend benahm. Seine Bereitwilligkeit hatte fast etwas Spöttisches an sich, als wolle der Zurückgesetzte seiner Groll in einer herausfordernden Hervorkehrung des Respektes gegen den Vorgesetzten bezeigen.

„Ich erhielt eben eine Nachricht, die mich nötigt, auf eine halbe Stunde das Haus zu verlassen. Würden Sie die große Liebenswürdigkeit haben, so lange hier zu bleiben, ich bin so schnell als möglich wieder zurück und möchte gerne . . ."

„Mit größtem Vergnügen!"

Doktor Schrecker hatte blitzschnell einen Gedanken gefaßt. Er fühlte seit dem Vormittag in seiner etwas schrankenlosen Art Todfeindschaft gegen den jüngeren Kollegen, der ihm nun vorgesetzt war, obgleich er die Gründe des Geheimrats kannte. Nur der Chef wußte, daß er kein vermögender Mann mehr war und nicht geringe Schulden besaß. Schrecker kannte Wislizenus' strenge Grundsätze in diesem Punkt, und daß dies der Grund war, daß er ihn übergangen hatte; trotzdem grollte er Ewald. Jetzt bot sich gute Gelegenheit, einen zweiten Verbündeten zu finden.

Der Geheimrat überließ dem Dritten Assistenten, wenn nichts Besonderes vorlag, die Nachtwache allein.

Ewald Menzel hatte diesen Dienst oft genug gehabt, jetzt wirkte das Verhalten Ewalds als Mißtrauen gegen Doktor Weyer, und das wollte er benutzen. Ewald dachte nicht daran und ging rasch davon.

Doktor Schrecker sah ihm gedankenvoll nach. Es war klar, daß Menzel etwas Unangenehmes erlebt haben mußte; er sah fast verstört aus. Das mußte eine seltsame Bewandtnis mit diesem plötzlichen nächtlichen Gang haben. Jedenfalls beschloß Doktor Schrecker ihm nachzuspüren.

Ewald war hastig die Treppen zu seiner Wohnung emporgeeilt, schloß auf und trat ein. In seinem Zimmer saß Friedrich Gunther auf dem Sofa und las in einer Zeitung. Er war ein kleiner, untersetzter Mann mit glattrasiertem, ziemlich unbeweglichem Gesicht und spärlichem grauen Haar.

Jetzt stand er auf und trat Ewald entgegen. „Ich gratuliere Ihnen zum Ersten Assistenten."

„Sie wissen schon?"

„Ja! Und ich freute mich außerordentlich."

Die augenscheinlich erheuchelte Anteilnahme dieses Mannes, die auf Ewald im höchsten Grade unangenehm wirkte, berührte ihn peinlich.

„Ich glaube wohl kaum, daß Sie mich hierherbestellt haben, lediglich um mir zu gratulieren."

„Das allerdings nicht, aber ich hoffe, daß die unerwartete Änderung Ihrer Lage für uns alle außerordentlich angenehm ist."

Ewald wehrte ärgerlich ab.

„Was wünschen Sie von mir?"

„Eine kurze geschäftliche Tatsache habe ich Ihnen mitzuteilen. Ich war heute abend bei Ihrem Herrn Bruder. Erst vor einer Stunde kam ich mit der Bahn hier an und bin gleich zu Ihnen gegangen, denn die Angelegenheit ist dringend."

„Nun also?" —

„Ihr Herr Bruder ist zahlungsunfähig."

Ewald, der sich gezwungen hatte, ruhig zu bleiben, und sich Gunther gegenübergesetzt hatte, sprang auf.

„Mein Bruder zahlungsunfähig?"

Gunther zuckte die Schultern.

„Das ist in der jetzigen Zeit gar nicht so verwunderlich. Er hat gewiß alles getan, was er konnte, aber er mußte mir heute erklären, daß er den morgen fälligen Wechsel über 50 000 Mark, den ich in der Hand habe, nicht einlösen kann. Ich habe das kaum anders erwartet. Wer hat heute bares Geld?

„Und was wollen Sie tun?" — „Das hängt von Ihnen ab, Herr Doktor." — „Von mir? — Wieso?" — „Sie wissen, daß Sie vor drei Monaten, als ich den Wechsel verlängerte, schriftlich Bürgschaft übernommen haben, und zwar in der Weise, daß Sie sich verpflichteten, falls Ihr Herr Bruder seinen Verpflichtungen nicht nachkäme, vierzehn Tage nach Verfall die Schuld zu bezahlen."

„Wo soll ich fünfzigtausend Mark hernehmen?"

„Das weiß ich nicht. Aber ich muß annehmen, daß Sie in der Lage sind, das Geld zu beschaffen, sonst hätten Sie die Bürgschaft doch nicht übernommen."

„Das tat ich, weil mein Bruder mich herzlich bat, weil er mir auf das allerbestimmteste versicherte, daß er das Geld beschaffen würde. Weil er mir sein Ehrenwort darauf gab, und weil ich mich verpflichtet fühlte, meinem Bruder, dem ich vertraute, zu helfen."

„Dann haben Sie unvorsichtig gehandelt! Wenn ich nun ein gewissenloser Mensch wäre, hätten Sie sich sogar strafbar gemacht, denn Sie haben eine Verpflichtung übernommen, von der Sie anscheinend schon damals wußten, daß es Ihnen nicht möglich sein würde, sie zu erfüllen."

„Herr Gunther, ich bin kein Kaufmann! Ich sagte Ihnen eben, daß ich fest darauf vertraute, daß mein Bruder seine Schuld einlöste. Sie werden verstehen, daß ich mich verpflichtet hielt, für ihn einzutreten."

„Schön! Dann müssen Sie nun auch Ihr Wort einlösen. Sollte dies nicht geschehen, so wäre es meine Pflicht, wenn morgen der Wechsel nicht eingeht, gegen Ihren Herrn Bruder Konkurs zu beantragen, und selbstverständlich müßte ich auch Ihnen gegenüber Schritte unternehmen."

„Herr Gunther, ich kann Ihnen heute und morgen die fünfzigtausend Mark nicht geben, ich kann mich nur verpflichten, Ihnen die Summe in monatlichen Raten abzuzahlen. Ich handelte übrigens nicht so leichtfertig, wie Sie annehmen. Ich besitze einen Wertgegenstand, von dem ich bestimmt hoffe, daß ich dafür so viel bekommen werde, um die Schuld decken zu können. Es sind zwei altchinesische Bronzetafeln, die mein Vater aus Peking mitgebracht hat, und von denen er erklärte, daß sie hohen Museumswert haben. Sie müssen mir Zeit lassen. Wenn es mir auch schwer wird, mich von diesem Andenken zu trennen — ich will doch sofort versuchen, die Tafeln zu verkaufen."

Gunther schüttelte den Kopf.

„Das sind Phantastereien solche sogenannte chinesische Altertümer erweisen sich meist als wertlos. Wie ich weiß, hat Ihr Vater die meisten Stücke, die er von seiner Reise mitbrachte, verkauft; er würde gewiß auch die Tafeln losgeschlagen haben. Es gibt nur einen Weg . . ."

„Was meinen Sie?"

„Wenn Sie mir innerhalb der vierzehn Tage, die ich Ihnen bewilligen muß, einen vollwertigen Bürgen stellen."

„Wer soll denn für mich bürgen?"

„Geheimrat Wislizenus."

„Sie wissen, daß dies unmöglich ist. Meine ganze Zukunft wäre verloren, wenn der Geheimrat auch nur erfährt, daß . . ."

„Sie sind ein Kind. Setzen Sie sich ruhig hin. Wir wollen uns nichts verheimlichen, Sie werden doch der Schwiegersohn des Geheimrats."

„Herr Gunther!"

„Lassen Sie mich ausreden! Ich bin gut unterrichtet. Es ist doch ein seltsames Zusammentreffen, daß Sie gestern, wie mir meine Freunde berichteten, auf dem Ball des Kommerzienrats Söderström sich auffallend um die Gunst der jungen Dame bemüht haben, so auffallend, daß es auch ihr Vater bemerkt haben muß, und einen Tag später macht Sie der Geheimrat unter Übergehung anderer Herren zu seinem Vertreter und Ersten Assistenten."

Ewald fühlte sich gemartert.

„Ich muß Sie ernstlich bitten, daß . . ."

„Lassen Sie mich reden! Sie sind ein tüchtiger Arzt, ein Mann, dem der Geheimrat Vertrauen schenkt. Nach meiner Ansicht ist er entschlossen, Sie als Schwiegersohn willkommen zu heißen. Sie nehmen augenblicklich Ihre Lage viel zu tragisch. Ich verlange ja nicht jetzt die fünfzigtausend Mark. Ich verlange sie erst an dem Tage, an dem Sie heiraten, und will bis dahin nicht einmal eine Abzahlung, will auch nichts gegen Ihren Herrn Bruder unternehmen. Ich meine es gut mit Ihnen! Jetzt stehen Sie in der Gunst des Geheimrats, wer weiß, was später geschieht. Schmieden Sie das Eisen, so lange es warm ist. Wenn innerhalb vierzehn Tagen Ihre Verlobung mit Erna Wislizenus veröffentlicht wird, werde ich mit einem Schuldschein von Ihnen, fällig am Tage der Hochzeit, zufrieden sein."

„Herr Gunther! Ganz abgesehen davon, daß es mich im Tiefsten meines Herzens empört, meine heiligsten Gefühle mit derartigen Geschäften in Verbindung zu bringen, um ganz offen zu sein, ich habe dem Geheimrat mein Ehrenwort gegeben, mich ein Jahr lang in keiner Weise der jungen Dame zu nähern."

„Gut! Ein Ehrenwort muß man halten. Dann gestehen Sie dem Geheimrat offen Ihre Lage. Wenn er mir dafür bürgt, daß Sie monatlich abzahlen, bin ich auch zufrieden."

„Das ist unmöglich! Er fragte mich heute, ob ich Schulden hätte, und ich gab ihm mein Wort, daß dies nie der Fall gewesen sei."

„Das war wieder leichtfertig gehandelt."

Ewald fuhr auf. „Das war es nicht! Ich habe nie Schulden gehabt."

„Mir schulden Sie fünfzigtausend Mark." — „Die schuldet Ihnen mein Bruder." — „Eine Bürgschaft ist auch eine Schuld." — „Sie sind . . ."

„Warum wollen Sie mich beleidigen? — Auch ich bin kein reicher Mann, und Sie können mir nicht verdenken, wenn ich zu meinem Gelde kommen will. Ich bin überzeugt, daß Sie den Geheimrat überschätzen. Wir wollen jetzt darüber nicht weiter reden, es wäre töricht, wenn wir uns gegenseitig erbittern würden. Heute ist der 30. April. Ich erwarte am 13. Mai in meinem Büro Ihren Besuch. Bringen Sie mir das Geld oder die Nachricht Ihrer Verlobung oder die Bürgschaft des Geheimrats, dann ist alles in bester Ordnung. Tun Sie das nicht, und sind Sie zu zaghaft, wo es nottut, offen zu reden, dann ist es meine Pflicht, als Kaufmann und Familienvater gegen Ihren Bruder und Sie vorzugehen, und ich würde dann allerdings gezwungen sein, auch den Geheimrat Wislizenus davon zu unterrichten. Sie haben also zwölf volle Tage Zeit zum Überlegen und zum Handeln. Und nun darf ich Sie wohl bitten, mich hinunterzuführen, denn das Haustor wird geschlossen sein."

Ewald wollte auffahren, aber er bezwang sich. Er fühlte sich in diesem Augenblick zu verwirrt, um klare Gedanken fassen zu können. Schweigend geleitete er Gunther die Treppe hinab und trat auf die Straße. Er achtete nicht darauf, daß Gunther höflich den Hut zog, und ging langsam zum Sanatorium zurück.

Eine volle Stunde war vergangen, seit er die Klinik verlassen hatte. Er fand Doktor Schrecker im Arbeitszimmer des Chefs.

„Verzeihen Sie, lieber Kollege, es dauerte etwas länger."

Schrecker sah ihm in das verstörte Gesicht. „Sie haben etwas Unangenehmes erlebt?" — „Meine Mutter ist schwer erkrankt."

Schrecker betrachtete ihn prüfend

„Herzliche Teilnahme."

„Ich werde wohl bald zu ihr reisen müssen."

„Begreiflich."

Doktor Schrecker hatte den Mantel angezogen.

„Soll ich vielleicht den Brief hier in den Kasten stecken?"

Es war der Brief noch Göttingen, den Ewald vorher geschrieben. Er sagte zerstreut: „Wenn Sie so liebenswürdig sein wollen."

Während Schrecker, den Brief in der Hand, das Zimmer verließ und die Tür hinter sich schloß, sank Ewald in den großen Lehnsessel des Geheimrats und bedeckte die Augen mit der Hand. Er war in diesem Augenblick unfähig, zu denken.

Doktor Schrecker stand auf der Straße, las beim Schein einer Laterne die Aufschrift des Briefes und wunderte sich.

„Seltsam, er war sichtlich verstört. Die Krankheit der Mutter ist augenscheinlich nur ein Vorwand, wäre sie krank, würde er jetzt nicht einen Brief absenden, den er zu einer Zeit geschrieben, als er von der Krankheit nichts wußte."

Herr Doktor Schrecker steckte den Brief in den Kasten, lächelte zufrieden und ging in ein Haus, in dem er zwar nicht wohnte, aber in dem ein geheimer Spielklub war, wo man ihm trotz der späten Nachtstunde noch die Tür öffnete.

Acht Tage waren vergangen. Tage, die Ewald in unaufhörlicher Unruhe verbracht hatte, in denen er alle Kraft zusammennehmen mußte, um über seine Sorgen die Verantwortung, die er im Sanatorium zu tragen hatte, nicht zu vernachlässigen. Es lag viel Arbeit auf seinen Schultern. Das Sanatorium war voll besucht, und er, während der Abwesenheit des Chefs Leiter der inneren Abteilung, hatte unausgesetzt zu tun, zumal er selbständig handeln mußte und viele schwere Fälle vorlagen. Daneben lastete noch der ungewohnte Verwaltungsdienst auf ihm, in den er sich erst einarbeiten mußte. Eine Erleichterung war es, daß Doktor von Gordon die chirurgische Abteilung selbständig führte.

Alle diese Arbeit hätte ihm Freude bereitet, wenn ihn nicht die persönlichen Sorgen so niedergedrückt hätten. Nur späte Nachtstunden konnte er sich abringen, um für sich nach einem Ausweg zu suchen.

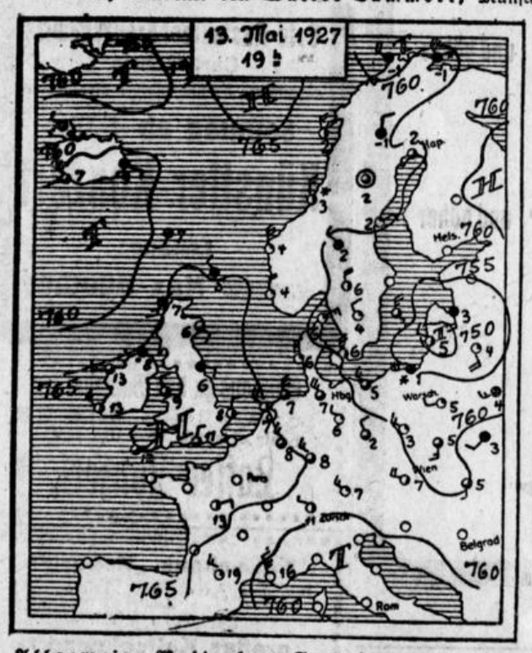
Was gab es für einen Ausweg?

Er hatte seinem Bruder geschrieben und eine verzweifelte Antwort erhalten. Walter Menzel hatte alles getan, was er konnte, war selbst niedergebrochen, aber er wußte keinen Rat. Dann hatte Ewald an Professor Kirchheimer, den Direktor eines Kunstgewerbemuseums, geschrieben. Der war mit seinem Vater befreundet gewesen und kannte auch jene chinesischen Platten, die Ewalds einzige Hoffnung waren, die aber noch in der Wohnung der Mutter in Göttingen lagen.

(Fortsetzung folgt.)

Wetterdienst des Münsterischen Anzeigers

verantwortlich bearbeitet von Walter Lammert, Münster



Allgemeine Wetterlage Samstag vormittag

In der Luftdruatage tritt jetzt eine Änderung der unfreundlichen Situation ein. Das westliche Hoch, in seiner nach Norden gerichteten Gestalt der charakteristischen Kälteansauger, verlagert sich zum Kontinent, die konträren Depressionen flachen ab. Wir rechnen Sonntag mit Hochdruckeinfluß und Ausschalten der kalten Polarströmung, entsprechend mit trockenem Wetter bei teilweiser Aufheiterung und Wärmezunahme. Die „Eisheiligen" sind beendet.

Aussichten für Sonntag.

Trocken, vielfach sonnig und wärmer. — Ende der „Eisheiligen".

Wetterberichte aus den Kurgebieten.

Münster, 14. Mai. Die Lage läßt heute stärker eine Besserung der Witterung im Laufe dieser Tage in Erscheinung treten, wenngleich das Wetter zur Zeit auch noch vielfach trübe und im Osten zu Regen geneigt ist. Im einzelnen wird gemeldet: Nord-Ostsee: Trübe, kalt und regnerisch. Harz: Wolkig, sehr kühl. Thüringer Wald und angrenzende Gebiete: Teils heiter, kühl. Bayrische Alpen: Kühl und trübe. Schwarzwald: Teils heiter. Ausland: Karlsbad, Marienbad. Teils heiter kühl.

Wetterlage Münster, Samstag, den 14. Mai, 7 Uhr morgens.

Temperatur im Schatten: 6,1 Grad Cels., höchste von gestern: 10 Grad Cels., tiefste der Nacht: 3,1 Grad Cels., Bodenwindrichtung: WNW., Stärke: 3, Stundengeschwindigkeit: 19 Klm. = 5,3 Sekundenmeter bzw. 8 Klg. Winddruck auf 1 Quadratm., Höhenwinde: WNW. zu NW.lich, Witterung: Teils heiter, Barometerstand: 754,1 Millim., Tendenz: Ruhig, Niederschlagsergebnis: 0,8 Millim. = 0,8 Liter Wasser auf 1 Quadratm., Sicht bis: 30 Klm. Luftlinie.

Hygrometerstände: Absolute Feuchtigkeit: 13. Mai, 2 Uhr mittags, 4,8 Gramm, 9 Uhr abends: 5,2 Gramm; 14. Mai, 7 Uhr morgens: 5,6 Gramm. Relative Feuchtigkeit: 13. Mai, 2 Uhr mittags: 60 Prozent, 9 Uhr abends: 80 Prozent; 14. Mai, 7 Uhr morgens: 80 Prozent.

Zu den schweren Unwettern im Hunsrück.

Kreuznach, 13. Mai. Das schwere Gewitter mit Wolkenbrüchen und Hagelschlag, das eine Reihe von Hunsrückorten heimsuchte, hat auch im hiesigen Gebiet, namentlich bei Hennweiler (Nahe), großen Schaden angerichtet. Die dicken Hagelkörner haben den in voller Blüte stehenden Obstbäumen übel mitgespielt; Blüten und Blätter sind stellenweise völlig zerfetzt. Die Hagelkörner lagen auf den Äckern in Haufen. Tiefe Furchen und Gräben sieht man überall in den Äckern; die eben erst gelegten Kartoffeln sind meist weggeschwemmt. Die Wassermassen ergossen sich durch Hennweiler und talabwärts nach Hahnenbach, alles mit sich führend, was im Wege lag. In Hahnenbach strömte das Wasser durch die Ortsstraße. In mehreren anliegenden Häusern drang es in die Wohnzimmer, Scheunen und Ställe sowie in Keller ein und ließ gewaltige Mengen Steine, Schlamm usw. zurück. Das Vieh konnte mit vieler Mühe gerettet werden. Der Schaden ist groß. Auch in Seesbach brachte das Gewitter derart starke Regenmassen, daß der Ort in seinem unteren Teile überschwemmt wurde, so daß kein Weg passierbar war.

Die Maikälte überall.

Nach den vorliegenden Nachrichten ist die Maikälte in diesem Jahre äußerst verbreitet aufgetreten. So meldet Kopenhagen heute anhaltenden Schneefall. Im Burgenlande (Ungarn) hat der Frost die ganze Weinernte vernichtet, dagegen waren die Obstbäume schon verblüht, so daß sie keinen Schaden erlitten. Nach Berichten aus Japan sind dort durch scharfe Fröste die gesamten Maulbeerpflanzungen ruiniert.

Neuer Dammbruch in Louisiana.

London, 14. Mai. Nach Meldungen aus Newyork ist in Louisiana im Gebiet von Avonelles bei Marksville infolge des starken Hochwasserdruckes nach den anhaltenden Regenfällen der letzten Tage wieder ein Damm gebrochen. Die Überschwemmung hat sich mit großer Schnelligkeit über ein Gebiet von vierzigtausend Hektar, das von zwanzigtausend Menschen bewohnt ist und hauptsächlich dem Anbau von Zuckerrohr dient, ausgedehnt. Die Gesamtschäden bei den neuen Überschwemmungen werden bereits auf eine Milliarde Mark geschätzt. Wie verlautet, legt Präsident Coolidge größten Wert auf eine baldige Rückkehr von Hoover, um schleunigst die notwendigen gesetzgebenden Maßnahmen für eine erste umfassende Abhilfsaktion zu treffen.

* *

Meteorologischer Bericht vom April 1927.

Nach den Aufzeichnungen des Wetterdienstes des „M. A.".

Der Monat April verkehrte meteorologisch in dem bekannt variierenden Rahmen höchster Wetterwendigkeit und namentlich in diesem Jahre war er von einer Unbeständigkeit, wie wir sie wohl selten in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen gehabt haben. Der Grad dieser Unbeständigkeit zeigt sich am deutlichsten in den nachfolgenden Zahlen: Von den 30 Tagen des Monats waren nur 6 Tage ohne Regen. Besonders auffällig ist die thermische Umgestaltung in diesem Monat. Hatten wir in den Wintermonaten intl. März ein bedeutendes Plus der Temperatur zu verzeichnen, im April begann eine merkliche Senkung auf den fast normalen Stand. Seine Ursache hatte dieses in der vorherrschend ozeanischen bezw. polaren Luftzufuhr, die ja bekanntlich im Uebergangsstadium zum Sommer und im Sommer selbst immer die Ursache einer zu tiefen Temperatur ist. Während im Winter Ozeanwinde warmes und Kontinentalwinde kaltes Wetter bringen, wendet sich in den übrigen Jahreszeiten das Blatt genau nach der entgegengesetzten Richtung. Wie schon aus obigen Andeutungen hervorgeht, waren wir fast ununterbrochen unter dem Einfluß ozeanischer Tiefdruckwirbel, die in ununterbrochener Reihenfolge über Nordeuropa zogen und mit weitreichenden Südausläufern uns vollständig beherrschten. — In seiner landwirtschaftlichen Wertung war der Monat April zu naß, das dauernd feuchte Wetter hinderte die Bestellungsarbeiten. — Folgend bringen wir statistische Angaben aus Münster i. T. mit Vergleich zum Normalen: Die mittlere Temperatur betrug 9,3 Grad C, normal sind 7,6. Die höchste Temperatur war 20,5 Grad C am 19. April, die tiefste 3,0 Grad C. Der mittlere Luftdruck war 758,1 Millimeter, der höchste 769,2 Millimeter, der niedrigste 738,4 Millimeter. Die durchschnittliche Bewölkungsstärke betrug 7,3, also etwa ¾ bedeckter Himmel. Die Windstärke maß im Mittel 3,8 Meter, d. h. 25 Kilometer in der Stunde. Sturm wurde einmal, stark böiger Wind sechsmal verzeichnet. Die Regenhöhe war 124,3 Millimeter, normal sind nur 51 Millimeter. Es waren im Monat 24 Tage mit Niederschlag, vier mit Hagel und Schnee. Die relative Feuchtigkeit war im Mittel 85 Prozent, normal sind 77 Prozent. Ein Gewitter kam vor. An drei Tagen war völlig bedeckter Himmel. Nebel wurde nicht festgestellt. Frosttage kamen nicht vor, dagegen sind 5,2 normal.

Walter Lammert.

Aus dem Reiche des Rundfunk.

Betriebseinstellung des Elberfelder Senders. Elberfeld, 11. Mai. Der Elberfelder Sender, der neben dem Langenberger Sender bisher noch benutzt wurde, ist jetzt, laut Elberfelder G. A., endgültig außer Betrieb gesetzt. Die Funktürme sollen für den Aachener Sender verwendet werden, der bekanntlich für den westlichen Teil des Rheinlandes demnächst errichtet werden soll.

Rundfunkprogramm der westdeutschen Sender.

Sonntag, 15. Mai. 9: Düsseldorf (für La, Mü, Do): Evang. Morgenfeier. Mitw.: Kirchenchor der Johanneskirche und Orch.-Klasse des Beethoven-Konservatoriums. Elfriede Peters (Sopran), Pastor Harnen (Ansprache). ● 11: Köln (für La, Mü, Do: Dr. Barthel: Eine Viertelstunde über Goethe. ● 11.20: Köln (für La, Mü, Do): Bücherstunde. ● 12.10: Köln (für La, Mü, Do: Ilse Stapff: Rezitationen. ● 13 (1): Köln (für La, Mü, Do): Kammermusik, ausget. von Meisterschülern der Hochschule für Musik. Brahms: Drei Lieder (Agathe Weingarten). — Pfitzner: Quintett C-dur. ● 14.30 (2.30): Münster (für Mü, La, Do): Funkliteratur. ● 15.15 (3.15): Köln (für La, Mü, Do): Uebertr. aus dem Zoo gelegentl. der Tagung des Zentralverbandes der Angestellten: Albert Thomas, Direktor des Internat. Arbeitsamtes, Genf, spricht über „Europäische Sozialpolitik". ● 16.15 (4.15): Dortmund (für Do, La, Mü): Schach. ● 17 (5): Dortmund (für Do, La, Mü): Gebr. Semald (Akkordeon-Virtuosen). ● 18 (6): Köln (für La, Mü, Do): Adolf von Hatzeld liest aus eig. Dichtungen. ● 19 (7): Köln (für La, Mü, Do): W. Gries: Religionskunde in der Schatzkammer des deutschen Märchens. ● 19.45 (7.45): Köln (für La, Mü, Do): Sportvorbericht. ● 20 (8): Köln (für La, Mü, Do): Heitere Stunde. ● 21 (9): Köln (für La, Mü, Do): Sinfoniekonzert. Leit.: Dr. Buschkötter. Solist: Jakob Ros (Klavier), Einl. Worte: Dr. Andreißer. Hands: Sinfonie Maria Theresia. — Tschaikowsky: Klavierkonzert B-moll. — Schubert: Sinfonie C-dur. — Anschl.: ● 23 (11): Köln (für La, Mü, Do): Sportbericht. — Anschl.: Köln (für La, Mü, Do): Tanzmusik.

Was ist Ozonil?

Im Zeichen der Rekorde

Gebt acht und hört mein letztes Wort:
„Massary bricht den Weltrekord
Als Bühnendiva von Genie,
Als Stolz der Tabakindustrie."

„Denn macht die große Diva Kasse
Durch Anmut, Stimme und durch Rasse,
So macht beliebt die Zigarette:
Ihr süßer Wohlgeschmack, ich wette,
Ihr Wohlduft, süßer als Reseden
Und sonstger Flor der Blumenläden.

So aromatisch, zart und leicht
Ist sie gleich jener unerreicht!



Massary-Delft
GOLD- U. TÜRKIS-MUNDST.
5 ₰

Massary-Ritter
GOLD- u. SEIDEN-MUNDST.
6 ₰

Massary Diplomat
GOLD- u. SEIDENMUNDST.
8 ₰

Urteilen Sie selbst!

Massary Zigarettenfabrik Aktiengesellschaft Berlin S. 42. Generalvertreter: Rudolf Fiedler, Bielefeld, Ravensbergerstraße 41. Fernsprecher 32.

Kleiderstoffe

Meine Läger sind mit allen Neuheiten der Saison bestens ausgestattet. Ich führe hier nur einige wenige neue Stoffe auf, die ich aus meiner Riesenauswahl in Sommermoden herausgreife.

Die bemerkenswert niedrigen Preise

sind nur möglich infolge einer äußerst günstigen Einkaufgelegenheit.

Wolle

Composé reine Wolle, für Kleider und Jackenkleider Meter 4.20 — **2.85**

Kasha 130 cm breit, in den neuesten Modefarben . . Meter — **4.50**

Mantelstoffe 130 cm br., in den neuesten Herrenstoffarten Meter — **3.95**

Schattenreps 130 cm breit, in modern. Mantelfarben Meter 9.00 — **6.75**

Seide

Mantelseide Ottomane u. Façonné schwarz und farbig Meter 9.00 — **4.75**

Rohseide naturfarbig reine Seide . . . Meter 3.50 — **1.95**

Crepe de chine in neuen Stammqual. u. groß. Sortiment Mtr. 7.50 — **5.75**

Crepe marocain Kunstseide, weich fließender Stoff . Meter — **2.75**

Waschstoffe

Kunstseid. Druckstoffe in groß. Ausmusterung Mtr. 1.65 — **1.25**

Wollmousseline enorme Auswahl, hell u. dunkel Meter 3.00 — **1.20**

Zephir gestreift und kariert Meter 75 — **48 Pf**

Trachtenstoffe indanthrenfarb. neue Muster u. Farben Mtr. 150 — **98 Pf**

Weiße Wollstoffe führe ich als Spezialität in besonders reichhaltigen Sortimenten - - - -

Kaufhaus Rawe

- - Das Haus der guten Qualitäten - -

Ich habe die Praxis d. Dr. med. Becker

Gallitzinstraße 40

übernommen und meine Praxisräume dorthin verlegt.

Dr. med. Unverzagt

Sprechstunden in Zukunft von vormittags 8½—10 Uhr, nachmittags 4—6 Uhr

Gallitzinstr. 40 Fernspr. 3557.

Telefon 1017

Größte Pferdemetzgerei und Wurstfabrik Westfalens

Franz Schlebusch

Münster, Sonnenstraße 43

Telefon Münster 1017 und Telgte 45

Schlachtpferde

kaufe stets zu höchsten Tagespreisen. Bei Unglücksfällen stehen mehrere Transportautos zur Verfügung, bei Notschlachtungen komme zu jeder Tages- und Nachtzeit auch an Sonn- und Feiertagen. Entfernungen spielen keine Rolle. — Empfehle meine

Gast- und Speisewirtschaft

Warme Speisen zu jeder Tageszeit. Gutgepflegte Getränke, reelle Bedienung. p1752x

---

Für

vornehme Neuheit

die von allen Geschäften gern gekauft wird, tüchtige Damen oder Herren als

Vertreter

für die Plätze Münster, Hamm, Bielefeld, Rheine, Gronau, Bocholt usw. gesucht. Offerten unter B M 1591 an die Geschäftsstelle. *g

---

Börsenberatung

sachlich, gewissenhaft, durch erfahrenen Berliner Börsenfachmann bei mäßiger Gewinnbeteiligung.

Franz v. Gymnich

Börsenremisier h5736)g

Berlin-Friedenau, Sponholzstraße Nr. 50

Geschäftshaus in Borghorst

Die hierselbst an der Hauptstraße, in der Mitte des Ortes, der Post gegenüber gelegene Besitzung des Herrn Johannes Engel, werde ich

Dienstag, den 17. d. Mts., nachmittags 4 Uhr

meistbietend an Ort und Stelle zum Verkauf aussetzen.

Das neue, zweistöckige Haus mit Toreinfahrt ist in allerbestem Zustande und wurde in demselben seit ca. 20 Jahren ein sehr flottes Möbelgeschäft mit guten Erfolgen betrieben, eignet sich aber auch für jedes andere Geschäft. In dem Hause befinden sich außer dem 72 qm großen Ladenlokal mit 2 großen Schaufenstern noch 12 Wohnräume, Waschküche, Keller und Werkstatt.

Nähere Auskunft erteilt f2265)g

Fritz Schrief,

beeidigter Auktionator

Borghorst, Emsdettenerstraße.

Klee- u. Gras-Verkauf.

Dienstag, den 17. Mai, nachm. 5½ Uhr, werden für Frau Gutsbesitzer Ww. Farwick, Handorf

eine große Partie Klee u. Gras

im freiwilligen Auftrage öffentlich meistbietend verkauft. f2449)g

Frau Ww. Ant. Möllers

Auktionator R. D. M.

Münster i. W. Waldeckstr. 3

Wasch- und Plättanstalt.

Rasenbleiche

größte Schonung der Wäsche

Wilh. Lodde f233.g

Pluscallee 152 Telephon 2873

Wäsche wird abgeholt und zugestellt.

Feldbahnmaterial

Kleineisenzeug

stets am Lager.

Ebag, Hamm-Westf.

Fernruf 188. h4350xz



So soll er sein der neue Anzug!

Das grosse Spezialhaus bietet Ihnen Gewähr für beste Qualitätswaren in höchster Vollendung. Der gute Ruf, der unsere Kleidung über 30 Jahre begleitet, ist begründet durch vollendete Formen, vorzügliche Verarbeitung und wirkliche Preiswürdigkeit

Moderne Anzüge

besonders empfehlenswerte Preislagen

50.- 65.- 72.- 85.- 96.- und höher

Sport-Anzüge mit 2 Hosen

56.- 60.- 72.- 88.- 95.- und höher

E. Feldmeyer-Lapp

Münster, Salz- und Klosterstraßen-Ecke



Ia. Marken-Fahrräder in altbewährter Qual. gegen zeitg. geringe Anz. Gr. Ausw. i. Touren-, Sport-, Geschäfts- u. Kinder-Rädern. **Riegelmeyer** Frauenstr. 9 Ecke Kr.-Timpen **3 Mark** wöchentl. Rate

---

Tuchhaus Ostermann

Woll-Tapestry-Teppich solide im Gebrauch.	250/350 **69,-**	200/300 **49,-**	165/235 **24,-**
Der moderne Haargarn-Teppich	250/350 **98,-**	200/300 **68,-**	165/235 **38,-**
Velour-Teppich schwere Qual., bes. dichtgest.	250/350 **125,-**	200/300 **75,-**	165/235 **52,-**
Der Teppich für Jedermann beste Kopien echter Teppiche	250/350 **125,-**	200/300 **78,-**	165/235 **48,-**
Tourney-Velour-Teppich bes. preiswert, Ia. Qual.	300/400 **315,-**	250/350 **225,-**	200/300 **145,-**

Anker- und Vorwerk-Teppiche in riesengroßer Auswahl

Läufer-Stoffe in Kokos, Tourney, Velour und Bouclé in allen Breiten u. Preislagen

Spannstoffe, ca. 130—150 breit, in der modernsten Ausführung	p. Mtr.	**3,50**	**2,75**	**2,25**
Mull, moderne Zeichnungen in weiß und farbig ca. 120 breit	p. Mtr.	**2,75**	**2.25**	**1,50**
Halb-Stores, volle Größe, in gutem Etamine mit Einsatz und Spitze		**4,75**	**3,50**	**2,25**
Moderne kunstseidene Damaste in den schönsten Farbtönen, ca 130 breit	p. Mtr.	**5,50**	**4,95**	**3,75**
Möbel-Bezugstoffe in großer Auswahl besonders preiswert, ca. 130 br.	p. Mtr.	**6,75**	**4,90**	**2,70**

Anfertigung einfacher und elegant. Dekorationen in eigenem Atelier. Kosten-Voranschläge ohne Verbindlichkeit. Beachten Sie unsere Spezial-Teppich und Gardinen-Fenster Windthorststraße

Teppichhaus **WOLFF & CO** **Salzstraße 24 I** im Hause Café Grotemeyer

---



Zoo

Sonntag, den 15 Mai 1927

nachmittags von 3½ bis 6½ Uhr

Kaffee-Konzert

der Wilhelmschen Kapelle

Kein Preisaufschlag

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt. f2327y

---

Kaffeehaus Demmer

Sonntag, den 15. Mai

großes Kaffeekonzert

Eintritt frei! Eintritt frei!

Ab 7 Uhr großer Ball der 2. Comp. Schützen „Nord“ *y

Café-Restaurant Kreuzschanze

Carl Röhrig

Sonntag ab 4 Uhr

Künstler-Konzert

Leitung:

Konzertmeister **Max Günther**

s2610y

Gasthaus zu den Baumbergen

Inh.: Aug. Reuter, Tel. Nottuln 55

Heute Sonntag, ab 3 Uhr nachm.

Kaffee-Konzert. h5556x

Kaffeehaus „Koburg“

Inh. Jos Asselmann, Telefon 4611

Heute ab ½4 Uhr

großes Kaffeekonzert

Eintritt frei! Eintritt frei!

Jeden Mittwoch ab ½4 Uhr

großes Kaffeekonzert

Gasthaus Schwermann

Stift Leeden

im Teutoburgerwald, (Bahnstation Natrup-Hagen) bietet Ausflüglern und Gesellschaften angenehmen Aufenthalt.

Wegen der ruhigen und schönen Lage in waldreicher Gegend besonders auch für Sommerfrischler geeignet.

Schöner Garten, großer neuer Saal, guter reichlicher Mittagstisch, vorzügliche Getränke, solide Preise. f2316y

---

Die hohe Auflage des „Münst. Anzeigers“ und sein kaufkräftiger Leserkreis verbürgen den Anzeigen guten Erfolg.

Billiges Weinangebot

für Schützenfeste u. sonst. Festlichkeiten

1925er Rheinwein, Oestricher Dosberg

Mk. 1.10 ohne Fl.

ferner prima Obstschaumwein

Fl. **Mk. 1.70** mit Steuer

Weinhandlung f2360)g

Wilh. Horstmann

nur Salzstraße 30 (Ecke Promenade)